



**GENF 2050:
WELCHE
ZUKUNFT
WÜNSCHT
IHR EUCH?**

**PARTIZIPATIVE
BEFRAGUNG 2019
ERGEBNISBERICHT
SEPTEMBER 2020**

Vorwort des Regierungsrates	3
Der Ansatz	4
Das Vorgehen	6
ANALYSE DER BEFRAGUNG: DIE WICHTIGSTEN THEMEN	8
Lebensqualität in Genf	10
Klima und Energie	12
Wohnen	14
Sich fortbewegen	16
Gesundheit und soziale Kohäsion	18
Technologie	20
Arbeiten	22
Sich aus- und weiterbilden	24
Wirtschaft	26
Sicherheit	28
Kultur und Sport	30
Vertrauen	32
GENF IN ZEITEN VON COVID-19	34
Auf der Suche nach Resilienz nach Covid-19: erste Ideen	36
WEITER DENKEN	38
Die Zukunft des Kantons in den Augen der Jugendlichen	40
Die Workshops und ihre Fragen	42
Indikatoren	46
Die zukunftsfeste Erneuerung anpacken	48
Nachwort	49
Dank	51

Wie sehen die Genferinnen und Genfer die Entwicklung ihres Kantons und ihrer Region in der Zukunft? Welches sind ihre Hoffnungen, ihre Erwartungen und ihre Sorgen?

Um das zu erfahren, hat der Genfer Regierungsrat 2019 bei der Bevölkerung, der Kantonsverwaltung, den Schulen und mit mehreren thematischen Expert*innengruppen eine gross angelegte Befragung durchgeführt.

Unsere Zeit steht im Zeichen tief greifender Umwälzungen und fordert uns dazu heraus, den Blick über die aktuellen Probleme hinaus auf die Herausforderungen und Lösungen von morgen zu richten.

In der Zwischenzeit hat die Corona-Pandemie auch unser Land erreicht und die Gesellschaft erschüttert. Die Themen der Befragung «Genf 2050» haben an Aktualität und Dringlichkeit dadurch noch gewonnen, seien es die Gesundheit, das Generationenverhältnis, neue Arbeits- und Lernformen, aber auch wirtschaftliche und ökologische Fragen.

Für diese Studie kamen im Laufe des Jahres 2019 mehr als fünftausend Menschen im Rahmen öffentlicher Workshops und einer Befragung zu Wort. Dabei waren sie sich ihrer zukunftsweisenden Rolle sehr genau bewusst, und die klaren Botschaften, in denen sie der Kantonsregierung ihre Wahrnehmungen und Wünsche mitteilen, zeugen von grosser Weitsicht.

Die Befragung hat auch aufgezeigt, wie vielfältig sich die Bevölkerung für ein Genf engagiert, das nachhaltiger und besser für die Herausforderungen von morgen gerüstet, oder das solidarischer und geselliger sein soll. Was den Staat angeht, so wird er insbesondere aufgefordert, einen erweiterten Service public und mehr Online-Bürgerbefragungen anzubieten.

Deshalb ist «Genf 2050» ein Ergebnis, aber auch ein Versprechen. Dass nämlich der Staat seine Komfortzone verlässt und darin bestärkt wird, bei der Gestaltung der Politik von morgen die wesentlichen Handelnden beziehungsweise Adressat*innen dieser Politik besser einzubinden. Gleichzeitig sind die Zivilgesellschaft, aber auch die Hochschul- und Wirtschaftskreise des Kantons aufgefordert, sich die Ergebnisse der Befragung zu eigen zu machen und damit die Debatte zu bereichern und zu vertiefen.

Die Fähigkeit zum Dialog und zum Erarbeiten innovativer Lösungen ist heute mehr denn je unverzichtbar. Genf muss sich für die anstehenden Unwägbarkeiten und Risiken stärken und seine Belastbarkeit erhöhen, mit einem Wort: resilienter werden.



Genf 2050 ist ein Foresight-Prozess, in dem vorstellbare oder wünschenswerte Szenarien für die Zukunft des Kantons Genf beschrieben werden, namentlich aufgrund einer öffentlichen Befragung. Zur Anwendung kommen die Instrumente des Foresight (strategische Vorausschau) mit dem Ziel, die Resilienz (Belastbarkeit) für die kommenden Jahrzehnte zu einem Leitwert für die Entwicklung des Kantons zu machen.

Foresight befasst sich mit der Entwicklung von Gesellschaften, um daraus Elemente für eine Vorhersage abzuleiten. Solche Verfahren der strategischen Vorausschau haben unter anderem die Bundeskanzlei und der Kanton Waadt schon angewandt. 2015 brachte der Kanton Genf ein Programm zur Einführung in die Entwicklungsbeobachtung und Vorausschau (Monitoring und Foresight) auf den Weg und bildete binnen zweieinhalb Jahren rund fünfzig Kaderkräfte darin aus. Bei der Rede zur Eröffnung der Legislaturperiode 2018-2023 wurde dann die Durchführung eines Foresight-Prozesses angekündigt, mit welchem beschrieben werden sollte, was für ein Genf sich die Bürgerinnen und Bürger für 2050 wünschen.

In einer ersten Phase wurden die Trends und Fragen als Grundlage für die verschiedenen Zukunftsszenarien bestimmt. Sie wurden im Rahmen von 50 individuellen

Leitfadengesprächen mit Kadern der Kantonsverwaltung, mit Vertretern und Vertreterinnen aus Wirtschaft und Verbänden erarbeitet, ergänzt durch Erkenntnisse aus der einschlägigen Literatur. Aufgrund dieser Ergebnisse wurden anschliessend vier jeweils sehr unterschiedliche Zukunftsszenarien entwickelt, gestützt auf die Arbeiten der als Exzellenzzentrum für Foresight bekannten University of Hawaii.

Anschliessend wurden diese vier Szenarien in einen Workshop eingebracht, in dem die Vision für eine wünschenswerte Zukunft entwickelt wurde. Anders als die Szenarien ist die Vision eine konkrete Richtungsvorgabe für den Kanton Genf und schreibt staatlicher Politik und Gestaltung eine zentrale Rolle zu. Der Workshop, an dem Vertreterinnen und Vertreter von Kanton, Wirtschaft, Verbänden und Vereinen teilnahmen, wurde ergänzt durch die Ergebnisse einer Umfrage bei Studierenden und Lehrlingen, anhand der 50 Aussagen über Genf im Jahre 2050 auf ihre Plausibilität und Wünschbarkeit überprüft wurden.

Aufgrund dieser ersten Phase wurden vier übergeordnete und zwölf Einzelziele formuliert, die der Regierungsrat im Juni 2018 in einem ersten Bericht validierte.

Mit der Einsetzung der Foresight-Kommission «Genf 2050», die den Querschnittcharakter der Studie garantieren und der Regierung Empfehlungen abgeben sollte, wurde die zweite Etappe der Studie eingeläutet. Diese Phase, die vor allem im Zeichen der öffentlichen Befragung stand, gliederte sich in drei Abschnitte:

1. 22. März bis 17. April 2019: 15 Themenworkshops für Spezialist*innen und das breite Publikum.
2. 22. Mai bis 28. Juli 2019: Befragung in Form eines anonymen Fragebogens, online oder auf Papier, in französischer oder englischer Sprache. Neben Multiple-Choice-Fragen gab es die Möglichkeit, freie Kommentare zu schreiben, was von den 4911 Teilnehmenden reichlich genutzt wurde.
3. Ergänzend beantworteten 50 Schulklassen (insgesamt fast 1000 Schüler*innen, grösstenteils aus dem Zuständigkeitsbereich des kantonalen Erziehungsdepartements DIP, ausserdem zwei Klassen von Privatschulen) im Oktober 2019 eine angepasste Version des Fragebogens.

Die Schüler*innenbefragung wurde als Teil des Programms «Ein Monat, ein Recht» des DIP zum 30. Jahrestag der Kinderrechtskonvention durchgeführt. Der Oktober war dem Recht auf Bürgerbeteiligung gewidmet, und der Fragebogen zu Genf 2050 wurde zu diesem Zweck für Schüler*innen im Alter von 10 bis 20 Jahren angepasst. Jede Lehrperson stellte der Klasse die gesamten Themen vor und liess sie dann darüber abstimmen, welche drei für sie am wichtigsten seien. Die Klassen wurden so ausgewählt, dass sie eine Stichprobe des Genfer Schulsystems darstellen.

Auf den folgenden Seiten sind die Antworten auf den Fragebogen und die Reaktionen der Schüler*innen festgehalten, mit kurzen Verweisen auf die Workshops dort, wo es sinnvoll erscheint. Diese Form der Wiedergabe soll es erlauben, die Erwartungen der Bevölkerung an die Zukunft ihres Kantons in ihrer Gesamtheit darzustellen. Eine Sammlung von Erkenntnissen, die sich natürlich weiter entwickeln werden.

Das Dokument richtet sich an die Bevölkerung, an die Partner*innen und Vertreter*innen der Behörden. Die Einzelheiten der Umfrageanalyse und des inhaltlichen Vorgehens sind als elektronische Anhänge auf www.2050.ge.ch verfügbar.

2015

2015
Erste Überlegungen
Programm zur Einführung
in Monitoring und Foresight

2018

Juni 2018
- der Regierungsrat verabschiedet den
ersten Bericht GENF 2050
- Ankündigung der Befragung in der
Eröffnungsrede zur Legislaturperiode 2018-2023
- Einsetzung einer Foresight-Kommission

2019

März – April 2019
Workshops

Juni – Juli 2019
Online-Befragung

2020

Oktober 2019
Befragung der Schülerinnen
und Schüler im Rahmen des
Monats zur Bürgerbeteiligung

November 2020
Veröffentlichung des
zweiten Berichts durch
den Regierungsrat

Wovon träumen die Genfer und Genferinnen für ihre Region? Welches sind ihre Hoffnungen, Erwartungen und Sorgen?

Um das zu erfahren, veranstaltete der Genfer Regierungsrat zu Beginn der Legislaturperiode 2018-2023 eine breit angelegte Befragung der Bevölkerung in der Region. Interessierte Personen konnten sich in einem Online-Fragebogen, der vom 22. Mai bis 28. Juli 2019 aufgeschaltet war, zu einer breiten Palette von Themen rund um das Leben und Arbeiten in Genf äussern. Neben dem Basisformular zu den Zukunftswünschen konnte ein ergänzender Bogen mit Fragen zu den heutigen Lebensbedingungen in Genf ausgefüllt werden.

Um für die Befragung zu werben, wurde an gut 30 Standorten (Universitäten und Hochschulen, Uni-Spital, Wochenmärkte, Sport- und Kulturzentren usw.) eine Kommunikationskampagne durchgeführt, ausserdem wurde die Information über die Genfer Gemeinden (Fragebögen auf Papier in den Gemeindebüros) und andere Partner des Kantons (Stadtwerke SIG, Arbeitgeberverband FER, Konferenzzentrum CCIG, Forschungszentrum CERN, usw.) verbreitet.

Annähernd 5000 Personen (4911) beantworteten den Basisfragebogen, die Hälfte davon in maximal 24 Minuten. Etwas mehr als 1200 (1235) Personen, also ca. 25% der

Teilnehmenden, beantworteten auch den Zusatzfragebogen zur heutigen Situation. Dieser verlangte einen zeitlichen Mehraufwand von 15 Minuten.

Der Fragebogen war auch auf Englisch verfügbar (3% der Antworten). Da die Befragten in Genf wohnen und/oder arbeiten, kommen sie vorwiegend aus den dicht besiedelten städtischen Zentren, aber auch aus allen anderen Gemeinden des Kantons, aus den anliegenden waadtländischen Bezirken, den französischen Grenzdepartementen Ain und Haute-Savoie, sowie aus den Kantonen Fribourg, Neuenburg und Wallis. 90% wohnen im Kanton Genf, 94% der erwerbstätigen Befragten arbeiten im Kanton.

Die Verteilung der Umfrageteilnehmer*innen liegt gemäss den Daten des kantonalen Amtes für Statistik (OCSTAT) sehr nahe an der Verteilung der Bevölkerung auf die Gemeinden des Kantons.

Werbung für die Befragung Genf 2050

In der Umfrage meldeten sich einzelne Personengruppen häufiger zu Wort als andere:

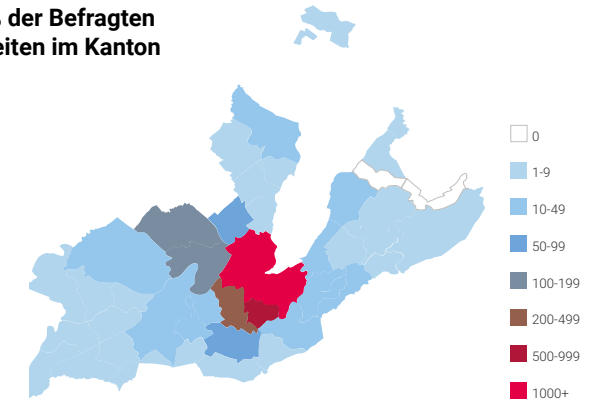
- Personen über 70 nahmen seltener teil als Jüngere.
- Die Teilnahmequote ist bei Akademikern höher, niedriger bei Personen mit obligatorischer Schule
- Öffentliche Angestellte sind gegenüber der Privatwirtschaft übervertreten.

Eine erweiterte Analyse des Profils der Befragten durch das Umfrageinstitut konnte bestätigen, dass die Übervertretung von öffentlichen Angestellten die Umfrageergebnisse nicht verfälscht. Da die Teilnahme an der Befragung freiwillig war, sind die Personen, die sich eingebracht haben, nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Genfer Bevölkerung. In unserer Analyse wurden deshalb die Unterschiede nach Geschlecht, Alter, Bildungs- und Berufsstand usw. systematisch gemessen.

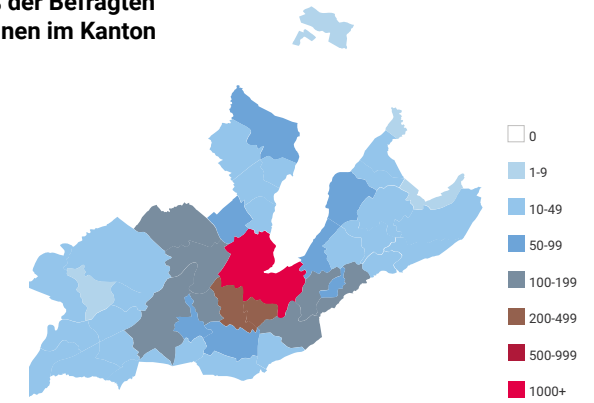
Das Engagement der Befragten zeigt sich besonders in den 15 000 Kommentaren und Anregungen, die abgegeben wurden. Sie werden im weiteren Verlauf dieses Berichts im Überblick dargestellt.

Auf die Frage nach ihrem Zugehörigkeitsgefühl sehen sich die Befragten in erster Linie als Schweizerinnen und Schweizer, Genfer und Genferinnen, Bürgerinnen und Bürger ihrer jeweiligen Gemeinde. Eine europäische Identität, die Idee eines über die Landesgrenzen hinausreichenden Grossraums «Grand Genève», oder auch andere nationale Zugehörigkeiten, werden zwar auch angeführt, aber nicht so verbindlich. Insgesamt ordnet sich die Bevölkerung der Region Genf den traditionellen politischen Gemeinwesen zu.

94% der Befragten arbeiten im Kanton



90% der Befragten wohnen im Kanton



Werbung für die Befragung Genf 2050



Genf 2050 mit Michèle Righetti



Genf 2050 mit Thierry Apothéloz



Genf 2050 mit Serge Dal Busco



Online-Befragung Genf 2050



Genf 2050 mit Nathalie Fontanet



Genf 2050 mit Antonio Hodgers

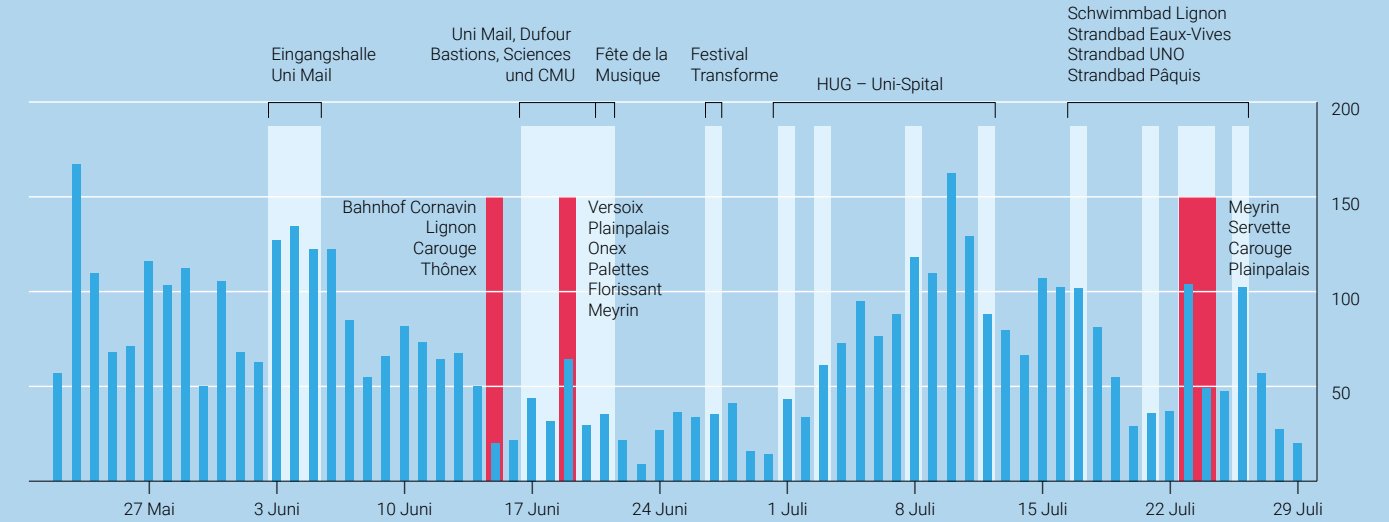


Genf 2050 mit Anne Emery-Torracinta



Workshops und Debatten: 22. März bis 17. April 2019

Information der Öffentlichkeit und Teilnahmequote, Tag um Tag





ANALYSE DER BEFRAGUNG: DIE HAUPTTHEMEN



Nur eine Minderheit ist unzufrieden. Erstaunlich, oder?

Die Mehrheit der an der Online-Befragung teilnehmenden Personen (85%) ist mit dem Leben in Genf zufrieden. Unabhängig davon, zu welcher Bevölkerungsgruppe sie gehören, heben sie 4 Punkte vor, die verbessert werden sollten: Luft- und Wasserqualität (69 bzw. 57%), Grünflächen (61%), Architektur und Stadtplanung (58%), Lärmpegel und Stress (55 bzw. 57%). In den zahlreichen freien Kommentaren entwerfen sie ausserdem das Bild einer echten Stadt der Zukunft.

Nach den Bedürfnissen jeder einzelnen Person differenzieren

Die Luftqualität ist allen Personen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, das wichtigste Anliegen. Was die anderen Themen betrifft, so sind je nach Altersgruppe und Ausbildungsniveau signifikante Unterschiede zu erkennen. Mit steigendem Bildungsniveau bekommen Architektur und Stadtplanung grössere Bedeutung, während Grünflächen und Freizeitangebote für junge Menschen und Personen mit geringerer Bildung

einen wichtigeren Stellenwert einnehmen. Kultur, Freizeit und Sport verlieren mit wachsendem Alter an Bedeutung, dafür steigt die Lärmempfindlichkeit.

Die Natur in die Stadt holen

In den frei formulierten Kommentaren dieses ersten Kapitels wird das Porträt einer idealen Stadt gezeichnet. Das derzeitige Stadtbild wird als eintönig empfunden, unvereinbar mit dem Bild, das eine internationale Metropole wie Genf abgeben sollte: vielfarbig, ambitioniert und gerne in Feierlaune. Zubetonierung, hohe Bebauungsdichte und Zersiedelung der Landschaft sind unerwünscht. In zahlreichen Beispielen wird für eine grünere Stadt plädiert, in der die Umwelt mitgedacht wird: Ökoquartiere, Räume für Permakultur, begrünte Fassaden und Dächer, Begrünung von Strassen durch Terrassen, Blumenkästen und Urban Gardening. Um Hitzeinseln in der Stadt zu bekämpfen und grüne Lungen zu schaffen, sollten mehr Bäume gepflanzt werden. Eine Klasse

der Orientierungsschule (Sek I) schlägt eine Saatgutbibliothek vor, um die Bevölkerung für die Umweltthematik zu sensibilisieren. In anderen Kommentaren wird der Ruf nach dem Bau von mehr Wohnraum laut, um dem Wohnungsmangel abzuwehren.

Die schlechte Luftqualität wird vor allem auf den Strassenverkehr zurückgeführt, der zugunsten der sanften Mobilität zurückgedrängt werden sollte. Es werden verschiedene Lösungsansätze angesprochen, so die Einführung einer City-Maut, Bussen für umweltschädliche Fahrzeuge, ein Fahrverbot für gewisse Fahrzeuge, sobald die Luftbelastung bestimmte Grenzwerte überschreitet, oder auch Gratis-ÖV. Als besorgniserregend erachten einige der Befragten auch die Verschlechterung der Wasserqualität durch Plastikmüll oder Pestizide wie Glyphosat.

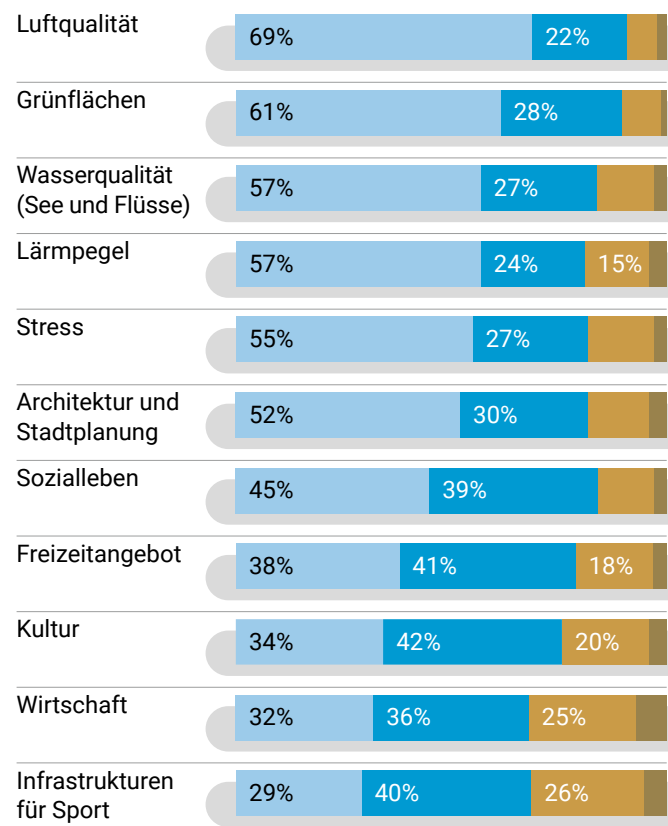
Die gesamte Gesellschaft einbeziehen

Ziel der Wirtschaft sollte ein qualitatives Wachstum sein, das auf sozialen, ökologischen und lokalen Kriterien beruht.

Das Sozialleben sollte durch die Einrichtung von Orten der Begegnung gestärkt werden, an denen ein Austausch zwischen den Generationen und zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie z.B. Schweizer*innen und Expats entstehen kann. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie könnte durch die Einführung eines Elternurlaubs und zusätzliche Krippenplätze erleichtert werden. Um gegen alle Formen der Diskriminierung (Rassismus, Sexismus, LGBTQ+, Behinderte) zu kämpfen, ist eine gute Ausbildung wichtig. Sport und Kultur gehören heute zu den grössten Stärken der Lebensqualität in Genf, dies sollte so bleiben. So wünschen sich die Befragten eine für alle erschwingliche Kultur sowie alternative Programme, die alle Bevölkerungsgruppen ansprechen.

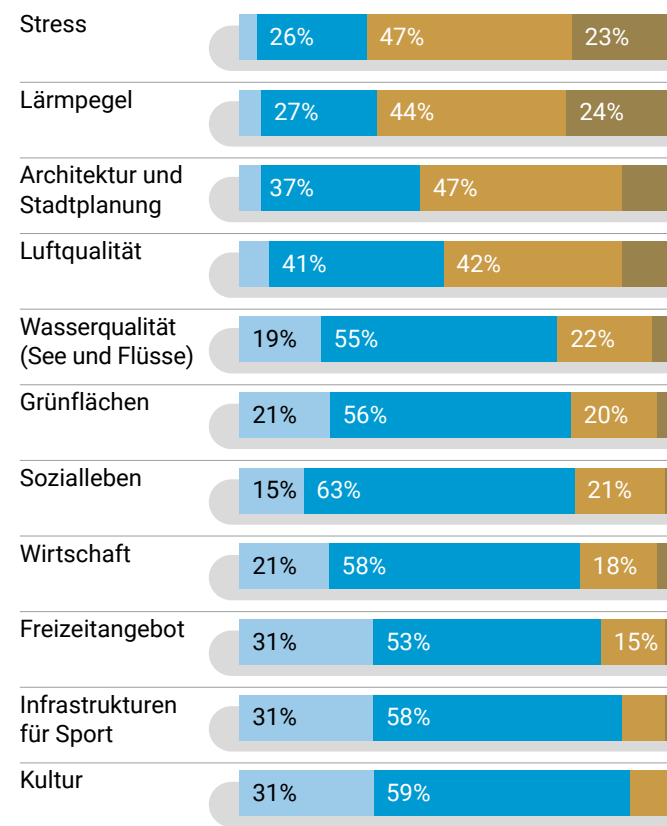
«Die Luftqualität ist das wichtigste Anliegen»

Muss Genf in Zukunft bei den folgenden Punkten besser werden, um eine höhere Lebensqualität bieten zu können?



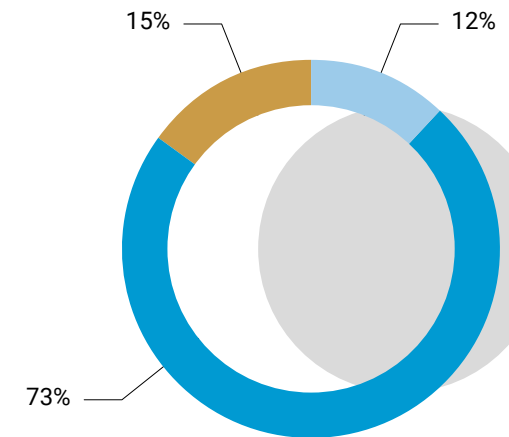
■ Ja ■ Eher ja ■ Eher nein ■ Nein

Wie beurteilen Sie das Leben in Genf?



■ Gut ■ Ziemlich gut ■ Ziemlich schlecht ■ Schlecht

Wie beurteilen Sie das Leben in Genf?



■ Gut
■ Ziemlich gut
■ Ziemlich schlecht
■ Schlecht

Was lehrt uns die Covid-19-Krise?
Nahrungsmittelversorgung, kurze Wege, lokale Erzeugnisse: Diese Herausforderungen bergen grosses Veränderungspotential für den regionalen Raum (Anstieg des lokalen Verbrauchs um 20% während der Krise).

85% der Befragten sind mit dem Leben in Genf zufrieden

Eine Zahl springt ins Auge: 75% der Befragten sind bereit, mehr für die Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Zu den Massnahmen, die jede*r Einzelne ergreifen kann, gehören die Konsumgewohnheiten: Verzicht auf Wegwerfprodukte und die Bevorzugung lokaler Erzeugnisse. Die Befragten plädieren dafür, in Zukunft Einwegplastikprodukte zu verbieten, den Unternehmen verbindliche Normen aufzuerlegen und die Ernährungsgewohnheiten umzustellen. Einige Befragte sind sogar der Meinung, es sei ein Wachstumsverzicht erforderlich.

Die Konsumgewohnheiten ändern

Der Themenworkshop zur nachhaltigen Entwicklung erinnerte daran, dass es drei Möglichkeiten gibt, den ökologischen Fussabdruck des Menschen zu verringern: Bevölkerungsrückgang, Konsumverzicht oder eine signifikante Verbesserung der Technologien. Dies sind die Lösungen, die in den frei formulierten Kommentaren des Fragebogens regelmässig genannt werden. Die Befragten beschreiben, wie sie Abfälle vermeiden oder wieder verwenden, was sie vom Staat an Entscheidungen erwarten, und wie sie die lokale Produktion

unterstützen. Ein Beispiel: «Quoten für Importprodukte einführen. Also z.B. keine Erdbeeren im Januar, deren Saison bei uns noch kommt, dafür jeweils Produkte, die bei uns nicht angebaut werden.» Besonders bei diesem Thema zeigen sich bedeutende Meinungsunterschiede zwischen den Generationen. Die über 65-Jährigen sind weniger bereit zu einer Veränderung ihres Ernährungsstils und zu einem Übergang zu erneuerbaren Energien, während die Gruppe der unter 30-Jährigen, Frauen, Personen mit Kindern und Teilzeitbeschäftigte im Durchschnitt bereit sind, höhere Anstrengungen zu leisten.

Die junge Generation schulen

Unter den Schulklassen, die sich mit diesem Thema befasst haben, wünschen sich die Primarschuljahrgänge Unterricht zum Schutz der Umwelt und mehr Bioprodukte in den Kantinen. Gleichzeitig setzen sie aber auch auf neue Technologien wie Energiezähler in den Schulen, um sich des Energieverbrauchs bewusst zu werden, oder Solarpanels auf den Dächern aller Schulen. In der Orientierungsschule (Sek I) werden globalere Lösungen angedacht: weniger Plastik und mehr Recycling,

verbindliche Rechtsvorschriften und Gratis-ÖV. Die Klassen der Sekundarstufe II verlangen 100% erneuerbare Energien schon bis 2040, wobei eingeräumt wird, dass sich vor allem das Verhalten ändern muss. In diesem Sinne wäre es gut, schon als Kind das Velo zu benutzen, oder autofreie Innenstädte und Parkplätze an der Peripherie zu schaffen. Denkbar wäre auch ein Gesetz, welches für jeden Neubau genügend Solarpanels vorschreibt, um sie energieunabhängig zu machen. Ohne Umschweife und kompromisslos sagen diese Klassen: «Wir haben keine Wahl. Nur noch grünen Strom kaufen. Windräder bauen. Bäume retten!»

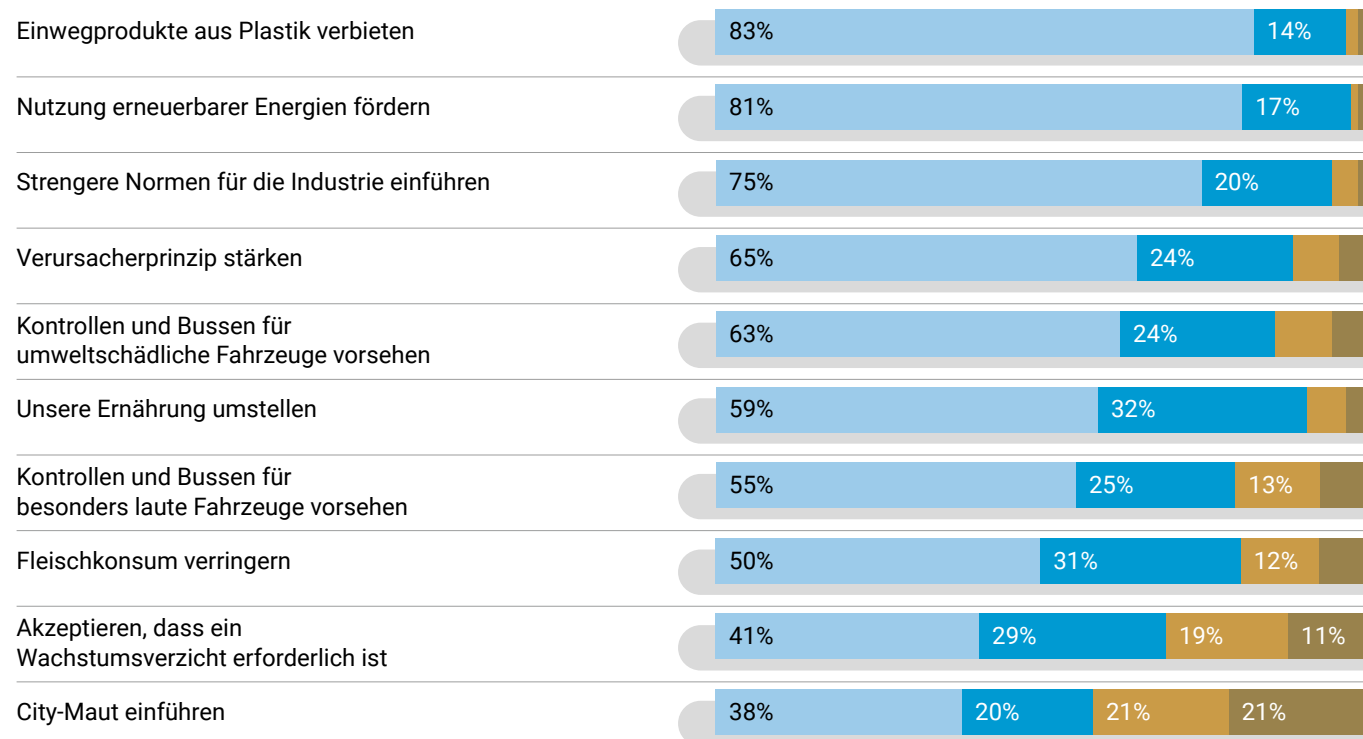
Dem Wandel vorgehen

Bei der abschliessenden Konferenz der 13 Workshops wurde immer wieder auf die Beziehung zwischen Umweltschutz und Politik hingewiesen. Verschiedene Redner*innen betonten die Rolle des Staates als Träger des Bildungssystems. Manche Klimaszenarien sagen für Genf im Jahre 2050 ein Klima voraus, wie es heute im apulischen Lecce (Süditalien) herrscht. Der Staat kann die Biodiversität nur dann schützen

und ihre Veränderungen auffangen, wenn er sie genauso als Infrastruktur betrachtet wie beispielsweise das Strassennetz. Der Klimawandel ist global, unvorhersehbar und häufig unsichtbar. Es existiert eine zeitliche Kluft zwischen unserem Handeln und dessen Folgen. Der Wandel muss also antizipiert werden, indem schon zu einem Zeitpunkt, an dem die Schäden noch nicht spürbar sind, Anstrengungen unternommen werden, ihm zu begegnen. Angesichts dieser Herausforderungen sind einige der Teilnehmer*innen der Ansicht, dass der Staat mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammenarbeiten sollte, die den erforderlichen Sachverstand besitzen, um langfristige Massnahmen zu definieren.

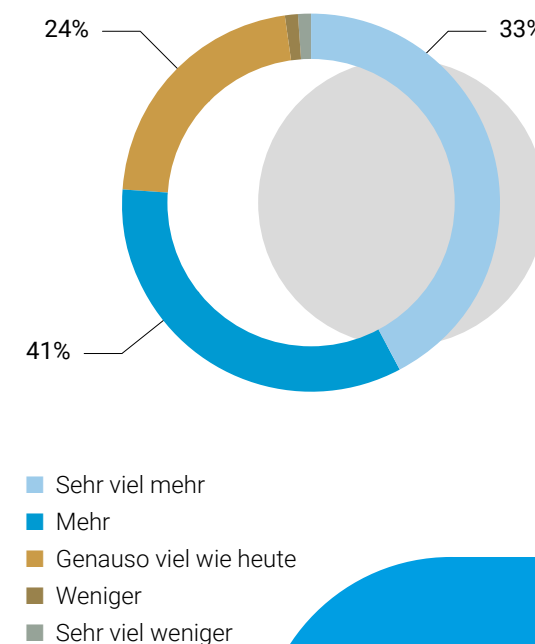
«Das Genfer Klima wird im Jahre 2050 dem Klima in Apulien ähneln»

Welchen der folgenden Massnahmen soll in Zukunft Priorität eingeräumt werden?

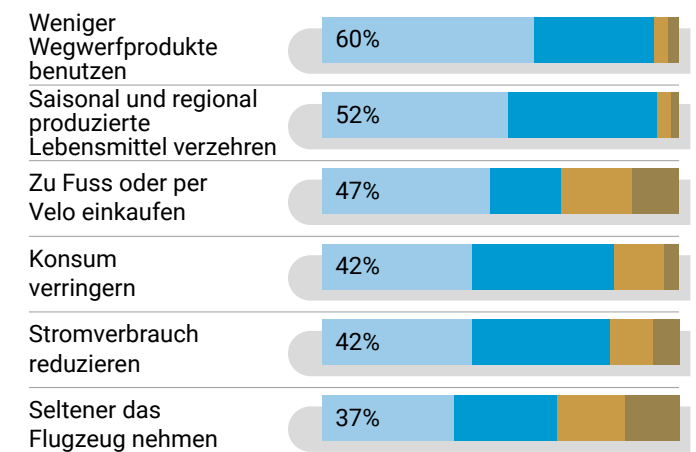


■ Ja ■ Eher nein
■ Eher ja ■ Nein

Sind Sie bereit, in Zukunft mehr zu tun, um den Klimawandel zu bekämpfen?

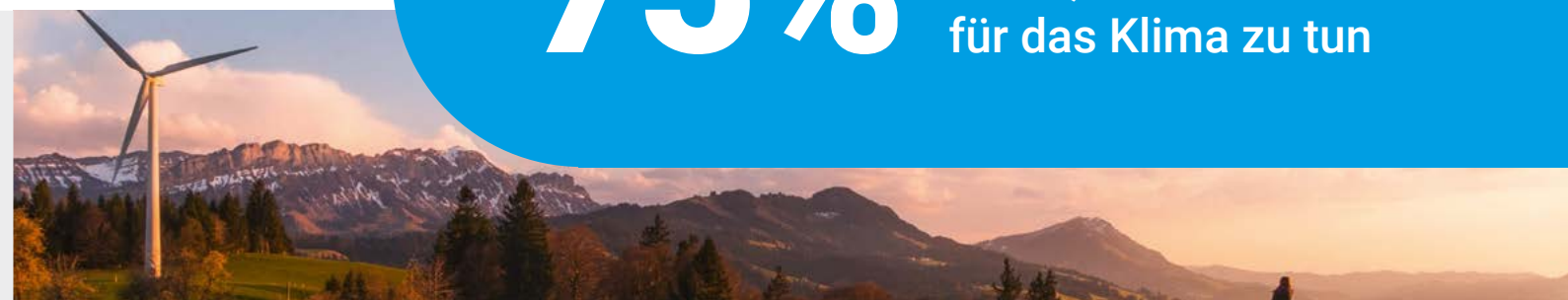


Was tun Sie heute, um gegen den Klimawandel zu kämpfen?



75% der Befragten sind bereit, in Zukunft mehr für das Klima zu tun

Was lehrt uns die Covid-19-Krise?
 Die Krise hat unser Verhalten gründlich auf den Kopf gestellt (Homeoffice, lokal konsumieren, Mobilitätsstopp usw.) und den Autoverkehr zeitweise um bis zu 87% reduziert. Die Folgen für Umwelt und Luftqualität sind messbar (Rückgang Stickstoffdioxid in Genf um 35 bis 50%).



Alle vier Vorschläge zur Stadt- und Raumplanung finden ein positives Echo. Die Befragten wünschen sich der Reihe nach mehr Wohnbaugenossenschaften (89%), einen besseren Erhalt von Landwirtschaftsflächen (88%), aber auch mehr Wohneigentümer (72%) und mehr Sozialwohnungen (65%).

Den Mittelstand nicht vergessen

Vom Staat werden Massnahmen erwartet, die den vier genannten Vorschlägen entsprechen: Wohnbaugenossenschaften, Landwirtschaftsflächen, Zugang zum Wohneigentum, sozialer Wohnungsbau. Auch der Wunsch nach Wohnungssubventionen für den Mittelstand (der sogenannten HM Habitation mixte) wird geäussert. In den frei formulierten Kommentaren wird häufig auf das Dilemma der mittleren Einkommensklasse hingewiesen, die zu wohlhabend ist, um Anrecht auf eine subventionierte Wohnung zu haben, aber zu arm, um im eigenen Heim zu wohnen. Ein zusammenfassender Kommentar lautet: «In Genf bleiben die Wohnungen mit freiem Mietzins viel zu teuer. Der Zugang zu erschwinglichen und akzeptablen Wohnungen stellt (ganz unabhängig vom Trend auf dem Wohnungsmarkt)

immer noch ein Problem dar, wo dringender Handlungsbedarf besteht.» Die Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes wird wiederholt kritisiert und der Wunsch nach einer stärkeren staatlichen Kontrolle der Immobiliengesellschaften geäussert.

Barrierefreiheit auf allen Ebenen

Der Zugang zu allen bestehenden oder geplanten Gebäuden sollte vereinfacht werden. Die Online-Befragung hat gezeigt, dass die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zugänglicher werden müssen (83% der Befragten), und dass die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Anlagen (70%), in den öffentlichen Verkehrsmitteln (67%), aber auch bei kulturellen und sportlichen Aktivitäten (63%) zu verbessern ist, was entsprechende bauliche Anpassungen erfordert. Die Befragten äussern sich im Hinblick auf diese Frage optimistisch, 76% von ihnen sind der Ansicht, dass der Zugang für Personen mit eingeschränkter Mobilität in Zukunft besser sein wird als heute.

Räumliche Verdichtung und Mietpreise unter Kontrolle halten

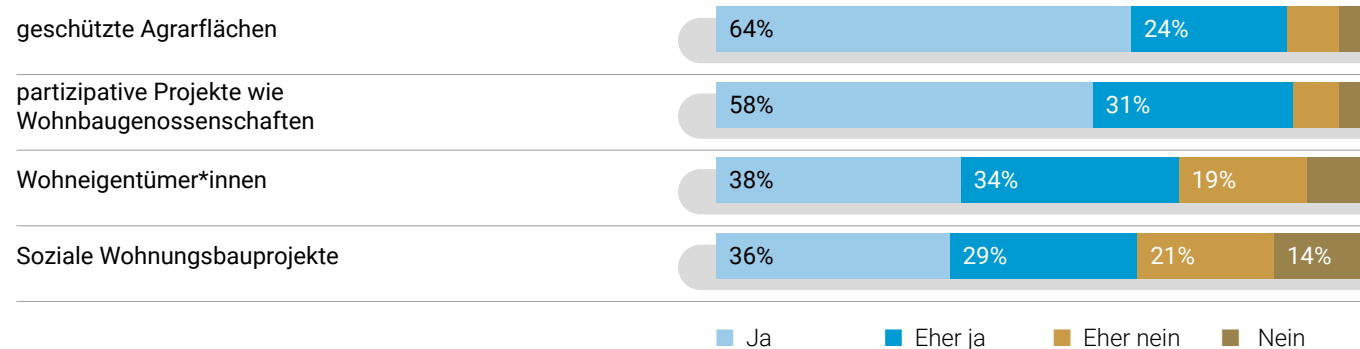
Ein grosser Teil der Kommentare befasst sich mit dem Gleichgewicht zwischen öffentlichen Grünflächen und überbauten Flächen bzw. Bauzonen. Es herrscht ein starker Wunsch nach Grünraum, der in dieser Gleichung auf keinen Fall zurückgedrängt werden dürfe. Sein Anteil soll gewahrt und wenn möglich bis 2050 sogar gesteigert werden. Wie eine an der Befragung teilnehmende Person zusammenfasst: «Das Stadtzentrum darf nicht ersticken, man sollte qualitätsbewusster bauen und das bauliche und natürliche Erbe bewahren.»

Schüler*innen der Sekundarstufe II, die sich für das Thema Stadtplanung interessierten, befassten sich mit der Aufstockung von Gebäuden, die als gutes Instrument eingestuft wird, um einen Mittelweg zwischen einer räumlichen Ausdehnung der Stadt und dem Erhalt von Grünflächen zu finden. Bei jeder Aufstockung sollten jedoch die vorhandene soziale Mischung und Architektur respektiert

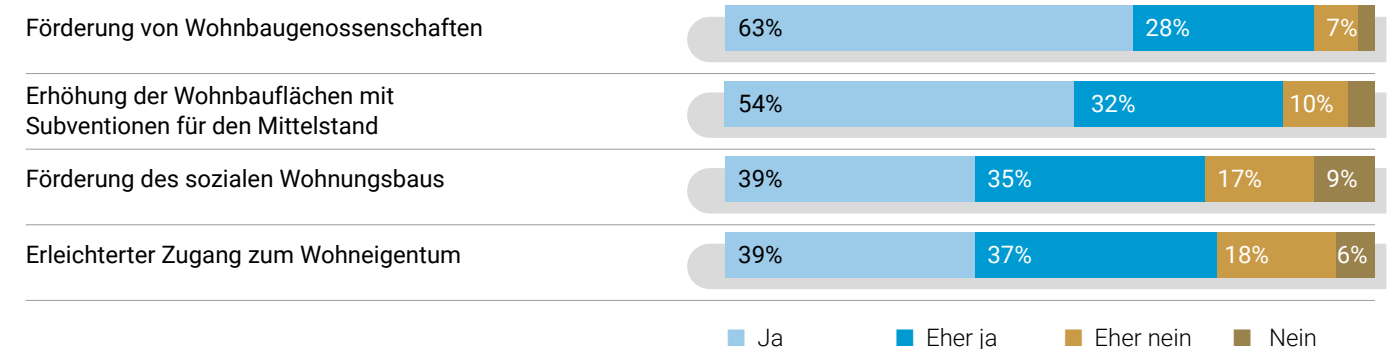
werden. Der Staat sollte ausserdem dafür sorgen, dass die Immobiliengesellschaften ihre Liegenschaften nicht zu teuer vermieten (d.h. maximal zum doppelten Wert der Immobilie), und auf ihre Gewinne eine Abgabe von 2% zur Finanzierung weiterer Aufstockungen erheben. Immobilienprojekte, die einen starken ökologischen Mehrwert aufweisen, sollten mit einer Prämie belohnt werden. Die Aussicht auf den Bau neuer Wohnquartiere weckt bei einem Teil der Befragten eher Befürchtungen.

«Wir brauchen ein Gleichgewicht zwischen Grünflächen und Wohnbebauung»

Wovon sollte es in Zukunft mehr geben...



Bei welchen Punkten besteht in Genf in Zukunft Handlungsbedarf, um eine höhere Lebensqualität zu bieten?



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Der Lockdown hat gezeigt, wie wichtig offene, flexible Räume sind, um Familien- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Die Menschen werden sich verstärkt bewusst, wie wichtig die Qualität des sie umgebenden Lebensraums ist (Wohnen, öffentlicher Raum, Grünflächen).

90%

der Befragten wünschen sich mehr Wohnbaugenossenschaften



Die Befragten sollten angeben, mit welchem Verkehrsmittel sie sich zu ihrem Arbeitsplatz begeben, und wie zufrieden sie damit sind. Am zufriedensten sind die Velofahrer*innen (75%), gefolgt von den Fussgänger*innen (69%) und den Nutzer*innen der öffentlichen Verkehrsmittel (61%). Dagegen wissen nur 42% der Autofahrer*innen ihre tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz zu schätzen.

Multimodale Mobilität erhöhen

Die Befragten bewegen sich multimodal fort: Am häufigsten zu Fuss (92%), mit öffentlichen Verkehrsmitteln (85%), dem Zug (71%) oder mit dem Auto (70%). 14% fahren mit dem Velo, 7% mit dem E-Bike zur Arbeit. 75% nehmen in den Ferien das Flugzeug. Mittel- und langfristig wird es darauf ankommen, den Anteil der alternativen Verkehrsträger zu erhöhen, um das Ziel der CO₂-Neutralität zu erreichen.

Öffentlichen Verkehr fördern

Die Eröffnung des Léman Express weckt grosse Hoffnungen; über 80% der Einwohner*innen des Kantons und der Arbeitsplätze sind jetzt über diese Verkehrsinfrastruktur ans Netz angebunden. Mehr als 60% der Befragten haben

die Absicht, den Léman Express zu benutzen, 85% für Freizeitaktivitäten, 52% für die Arbeit.

Besonders wichtige Kriterien für eine verstärkte Nutzung der Bahn im Nahverkehr sind für die befragten Personen Fahrtdauer und Dichte des Taktfahrplans; erst in zweiter Linie werden Faktoren wie die Anbindung an die Bahnhöfe und mehr Dienstleistungen an den Bahnhöfen genannt. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs hängt vor allem von direkten Verbindungen, den Preisen und den Frequenzen ab.

Velofahren sicherer machen

Ein zweiter Workshop befasste sich mit dem Thema Velo und arbeitete zwei prioritäre Probleme heraus: Die Radweginfrastruktur (heikle Punkte wie Kreuzungen, kontinuierliche Führung der Velowege und -streifen) und die Schulung (Kurse für Anfänger*innen aller Altersstufen, Sensibilisierung im Hinblick auf die verschiedenen Verkehrsträger). Die Antworten im Fragebogen bestätigen, wie wichtig diese Faktoren sind, denn 87% der Befragten erklären, dass sichere Fahrradwege und -streifen sie ermutigen würden, sich häufiger für das Velo zu entscheiden. In zweiter Linie werden sichere Veloabstellanlagen

in der Nähe des Arbeitsplatzes genannt. Die beiden Anliegen werden in den spontanen Kommentaren bestätigt: Häufig meiden die Befragten das Velo, weil sie um ihre Sicherheit fürchten, oder weil ihr draussen abgestelltes Fahrrad in der Vergangenheit schon einmal gestohlen oder beschädigt wurde.

In den Kommentaren wird auf das Beispiel von Städten wie Kopenhagen, Amsterdam etc. hingewiesen, die in Sachen sanfter Mobilität eine Vorreiterrolle einnehmen. Kurzfristig umsetzbare Ideen wären vor allem die Gratisverteilung von Velohelmen und kostenlose, im ganzen Kanton verteilte Reparaturdienste.

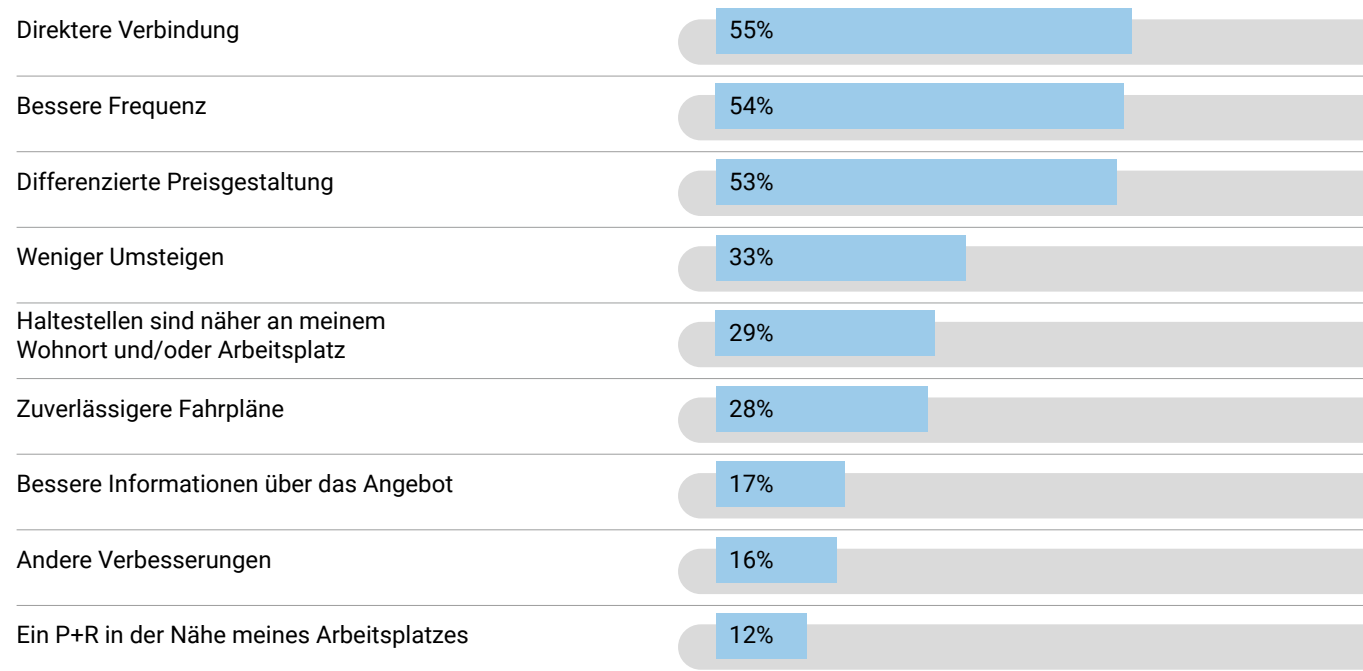
Fantasievoll vorausdenken, Verkehr verflüssigen

Langfristig wird daran erinnert, dass Elektrofahrzeuge nur eine Übergangslösung sein können, da ihre Batterien die Umwelt belasten und ausserdem Strom verbrauchen. Ausserdem müsse die Weiterentwicklung der Verkehrsformen antizipiert werden. Beispiele sind das autonome Fahren, die Entwicklung von Wasserstoffmotoren, aber auch Cargobikes, die breitere Fahrradstreifen erfordern. Neue Arbeitsformen wie das Homeoffice werden überdies unsere Bedürfnisse verändern.

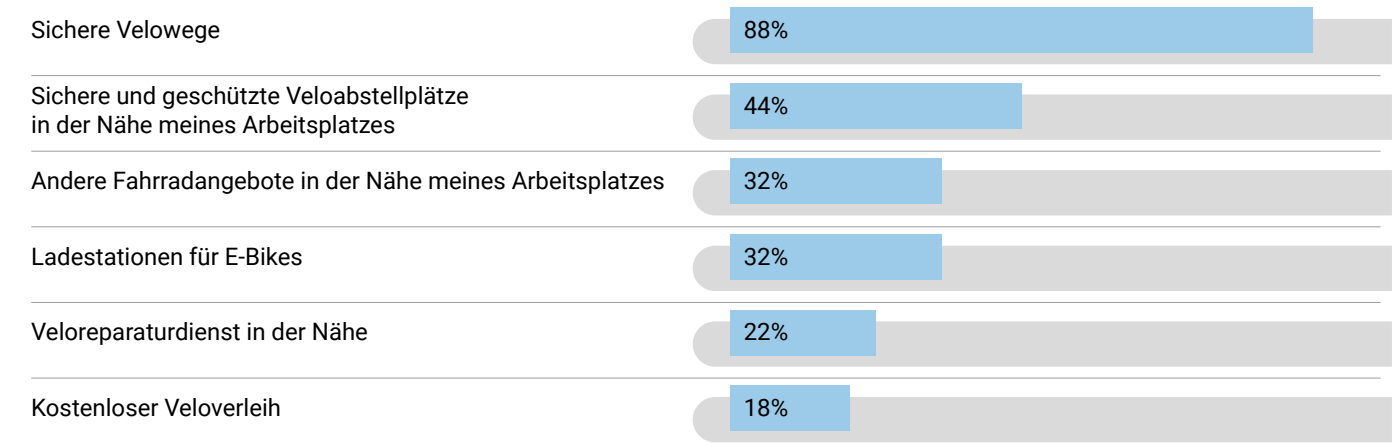
Die Klassen der Orientierungsschule (Sek I) befassten sich mit dem Einsatz innovativer Technologien im Verkehr und konnten sich in einem erweiterten öffentlichen Verkehrsnetz sogar Seilrutschen und U-Bahnen vorstellen. Dank künstlicher Intelligenz liesse sich der öffentliche Verkehr flüssiger und angenehmer gestalten. Aber wie die Mehrheit der älteren Bevölkerung sehnen sich auch diese Klassen nach mehr Grün statt Strassen. Und sie möchten, dass das Stadtbild lebendiger wird: An jeder Strassenecke Geschäfte und Läden, die gut zu Fuss erreichen sind.

«Hin zu einer umweltfreundlichen multimodalen Mobilität»

Was würden Sie dazu ermuntern, häufiger die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen?



Was würden Sie dazu ermuntern, häufiger das Velo zu benutzen?



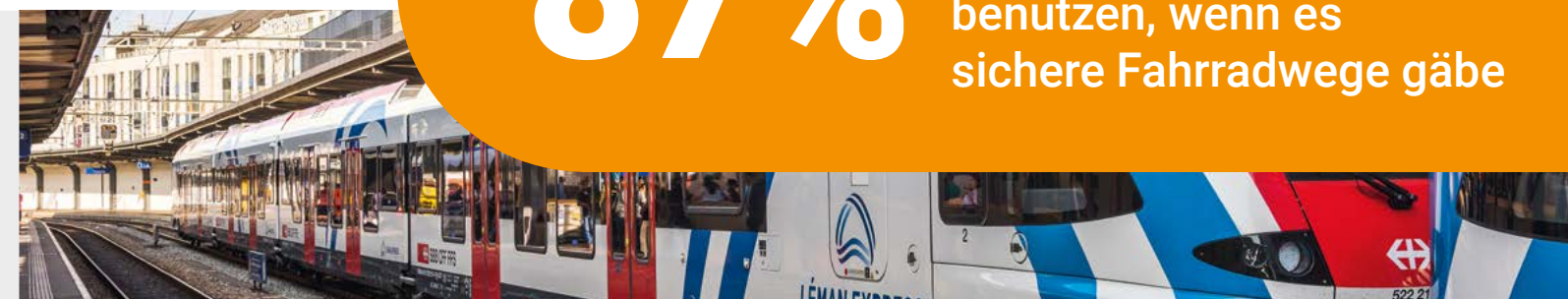
87%

der Befragten würden häufiger das Velo benutzen, wenn es sichere Fahrradwege gäbe



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Die Behörden haben schnell und gezielt Massnahmen getroffen, um Raum für Velofahrer*innen (+22% Velofahrer*innen, +42% Veloverleih) und Fussgänger*innen zu schaffen. Der Gesundheitsnotstand ermöglichte dabei eine Beschleunigung der Verfahren. Durch Homeoffice ist auch eine Neuorganisation des Pendlerverkehrs möglich.



Die Mehrheit der Befragten (84%) ist der Ansicht, dass sich ihre Gesundheit dank der medizinischen Fortschritte verbessern wird. Nur die Hälfte glaubt jedoch, dass diese Verbesserung unabhängig vom Einkommen sein wird.

Risikofaktoren erkennen

83% der Befragten vertreten die Meinung, dass ihre Gesundheit in Zukunft vor allem von der Umwelt abhängen wird. Dabei macht der Faktor Umwelt nach heutigen medizinischen Erkenntnisse nur 20% aus! Es besteht also eine Kluft zwischen der Wahrnehmung der eigenen Gesundheit und dem tatsächlichen Gesundheitszustand, der vorwiegend (40-50%) von sozialen und persönlichen Faktoren (unterstützende soziale Vernetzung, sozioökonomisches Profil, persönlicher Lebensstil) beeinflusst wird.

Altersbild ändern

Das Altern der Bevölkerung stellt eine Reihe von Herausforderungen, sie waren das Thema eines gesonderten Workshops. Die Gefahr der Isolierung lässt sich durch verstärkende Massnahmen im sozialen Netzwerk verringern,

zum Beispiel Senior*innen-Räte und Mehrgenerationenhäuser (dafür plädieren über 50% der Befragten). Auch muss unbedingt die Mobilität erleichtert werden, denn sie fördert Aktivitäten und damit soziale Interaktion. In einem spontanen Kommentar wird ein solcher Ort der Begegnung beschrieben: «Kinderkrippe, Seniorenzentrum, Gemüsegarten, Haustiere oder Hühnerhof usw. an einem Standort vereinen.» Es geht darum, sich vom herkömmlichen Altersbild zu lösen und gleichzeitig die mit dem Alter verbundene Abhängigkeit zu überwinden.

Betreuende Angehörigen unterstützen

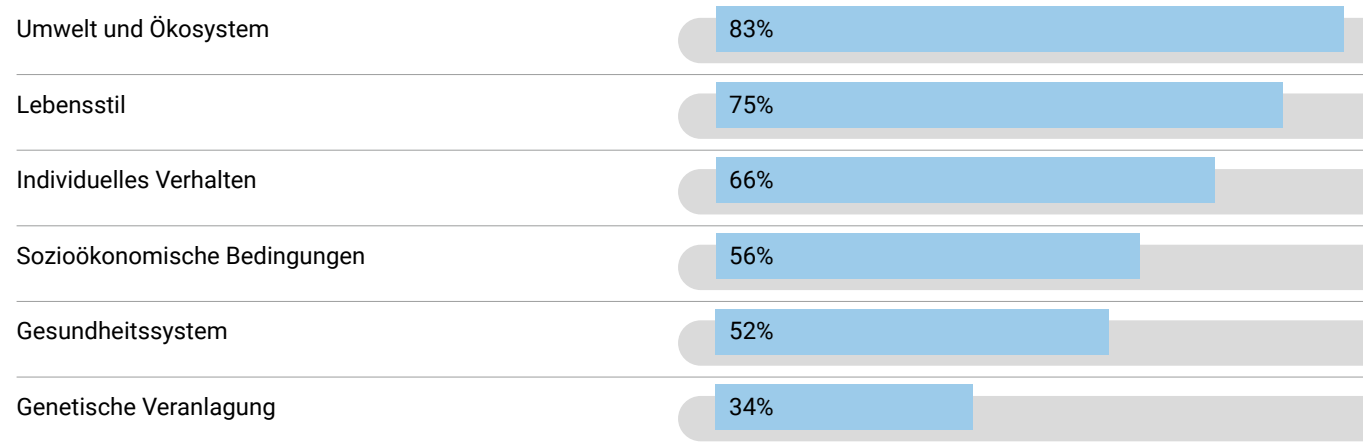
In den Antworten auf die Befragung zeigt sich die Forderung nach Solidarität; mehr als 7 von 10 Befragten sind der Ansicht, Finanzhilfen müssten gerecht auf Jung und Alt verteilt werden. Was die betagte Bevölkerung angeht, so vertreten 65% der Befragten den Standpunkt, die Kosten für Alten- und Pflegeheime sollten hauptsächlich oder zumindest teilweise vom Staat getragen werden. Das gleiche gilt für finanzielle Hilfen (58%), bei welcher zwar das Einkommen (92%) bzw. das Vermögen (72%) der unterstützten Person, jedoch nicht

dasjenige der Familie berücksichtigt werden sollten (23%). Was junge Menschen betrifft, so weist eine*r der Befragten darauf hin, dass die finanzielle Unterstützung «unbedingt mit Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung einhergehen muss, wenn er oder sie den Anschluss an die Gesellschaft verloren hat.»

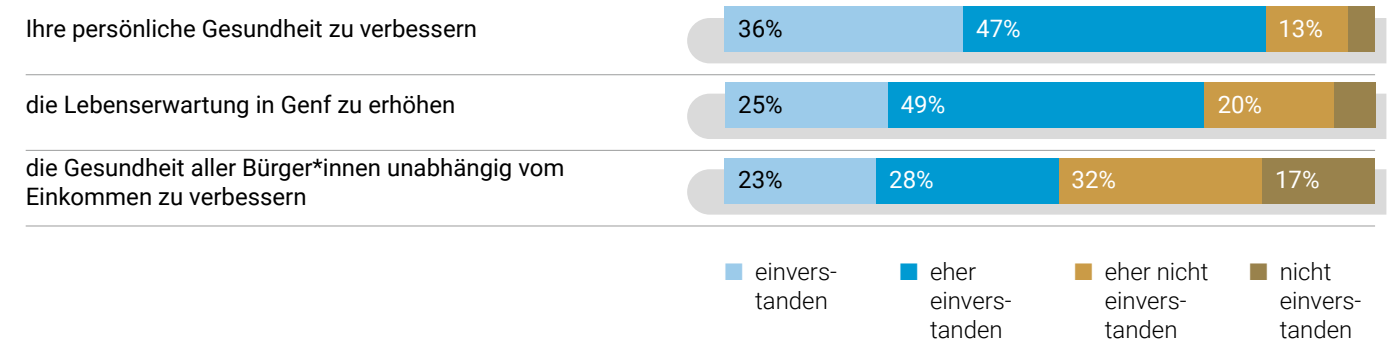
Die Frage der finanziellen Entschädigung für betreuende bzw. pflegende Angehörige einer betagten oder behinderten Person ist Gegenstand zahlreicher Kommentare. 81% der Befragten meinen, diese Personen sollten finanziell unterstützt werden. Hier kommt auch die Idee eines universellen Grundeinkommens ins Spiel, das laut einem Kommentar «die gemeindenahen Freiwilligenarbeit fördern, den Beitrag von Mann und Frau im Haushalt anerkennen und den sozial Benachteiligten helfen» könnte. In den Kommentaren wird ausserdem die Frage einer öffentlichen Krankenversicherung angesprochen, die entweder kostenlos wäre oder deren Prämien als Prozentsatz des Einkommens berechnet würden. Damit hätte die Gesundheit aller Menschen den gleichen Wert.

«Das Altern der Bevölkerung stellt uns vor viele Herausforderungen»

Welches sind die Hauptfaktoren, die in Zukunft Ihre Gesundheit beeinflussen werden?



Glauben Sie, dass die Fortschritte der Medizin es in Zukunft erlauben werden...



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

In der Krise hat das Gesundheitssystem seine Resilienz bewiesen, aber es wurden auch Schwachstellen offenbart: Vereinsamung älterer Menschen, Gefährdung von Berufen, bei denen Homeoffice unmöglich ist oder die im Hinblick auf die Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Pflege) einem Armutsrisiko ausgesetzt sind. Die bestehenden Solidaritätsprogramme wurden zügig aufgestockt.

83%

meinen, die Umwelt sei der Hauptfaktor, der ihre Gesundheit beeinflusst



Es wird weitgehend anerkannt, dass Genf sich dem technologischen Wandel, der die öffentlichen, privaten und beruflichen Lebensräume tiefgreifend verändert, anpassen muss. Über 80% der Befragten wünschen sich vermehrt Online-Verfahren zur Beteiligung am öffentlichen Leben (Behördengänge per Mausclick, Bürger*innenbefragungen und in geringerem Masse auch E-Voting). In der Frage, ob der technologische Wandel sich positiv auf Gesundheit und Wohlbefinden auswirken wird, gehen die Meinungen auseinander.

Künstliche Intelligenz gezielt nutzen

Jede zweite Person empfindet die künstliche Intelligenz als Bedrohung, vor allem für die Beschäftigung. Diese Befürchtung äussern selbst die Kinder schon in der Primarschule. Der Mensch sollte die Oberhand über die Maschinen behalten. In einem anderen Kommentar wird diese Sorge allerdings relativiert:

«Zahlreiche Arbeitsplätze werden verschwinden, das heisst aber nicht, dass keine neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen.» Für die andere Hälfte der Befragten stellt die KI eine Chance dar, vor allem was Wohlbefinden und Gesundheit betrifft. Dieser Optimismus findet sich insbesondere unter den älteren Schüler*innen: «Wenn man die Möglichkeiten der KI gut nutzt, erledigen sich monotone Jobs von selbst und man hat mehr Zeit für die Anderen.»

E-Government ausbauen

Beim Thema Digitalisierung der Verwaltung sind die Ergebnisse weniger reserviert: Von jeweils 10 Befragten geben 9 an, dass sie die kantonalen oder kommunalen Webseiten konsultieren, und eine grosse Mehrheit wünscht sich mehr öffentliche Online-Dienstleistungen (83% bei Behördengängen, 82% bei staatlichen Leistungen, 81% bei Bürger*innenbefragungen). In den spontanen Kommentaren finden sich dazu Anregungen

allgemeiner Art (Schulanmeldung, Kinderbetreuung, Schulkantinen, Strassenverkehrsamt) aber auch zielgruppenspezifischer Ideen (Inklusion älterer Menschen, Prävention im Bereich soziale Medien – hier sind es übrigens die Schüler*innen selbst, die diesen Wunsch äussern). Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass allen Bevölkerungsgruppen und der Datenschutz ein wichtiges Anliegen ist. Über 80% der Befragten wären nicht bereit, ihre Daten gegen eine Gratisleistung zur Verfügung zu stellen.

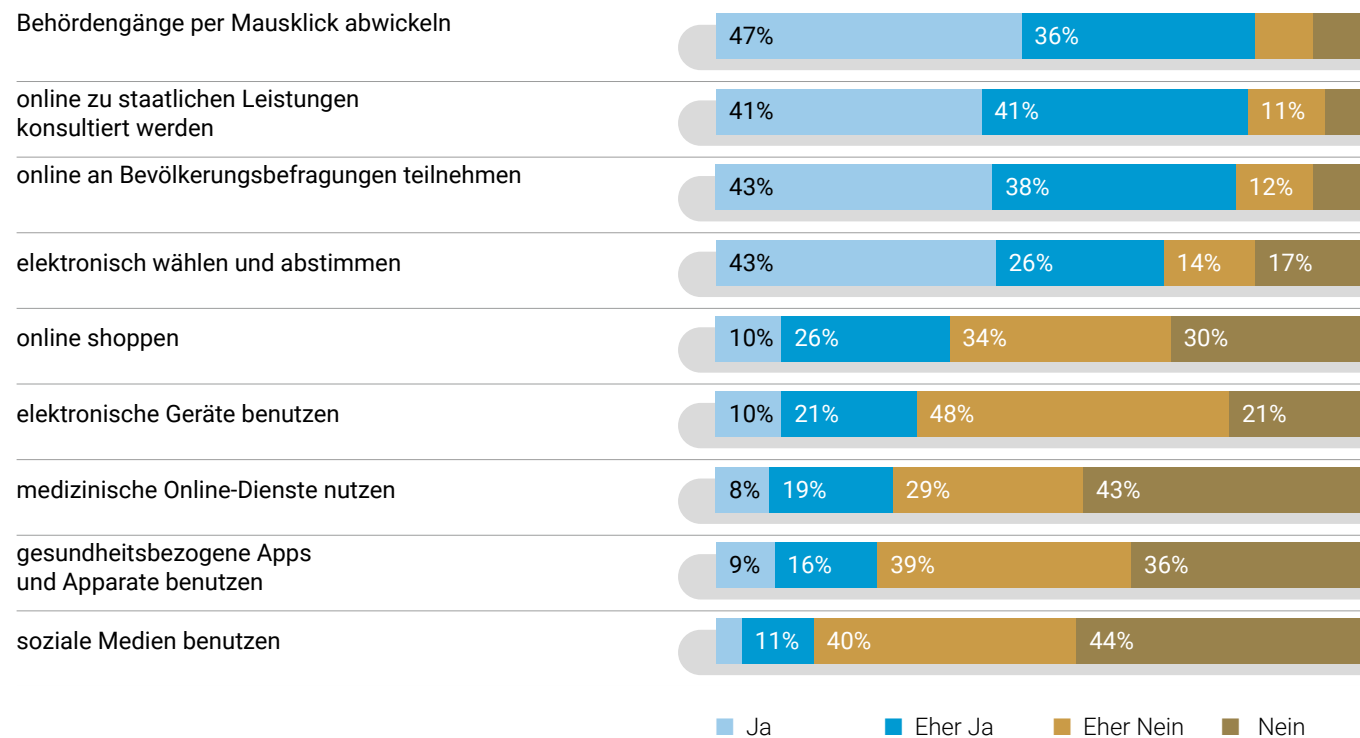
Auf High-Tech verzichten

Trotz der hohen Energiekosten sehen vor allem die Schüler*innen die digitalen Technologien als eine Art, «die Welt zu verändern». Sie werde die Menschen untereinander vernetzen (Beispiel: VR-Brille), dank Online-Kursen könne man Kenntnisse und Kreativität erweitern, die neuen Technologien tragen zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Eine Klasse

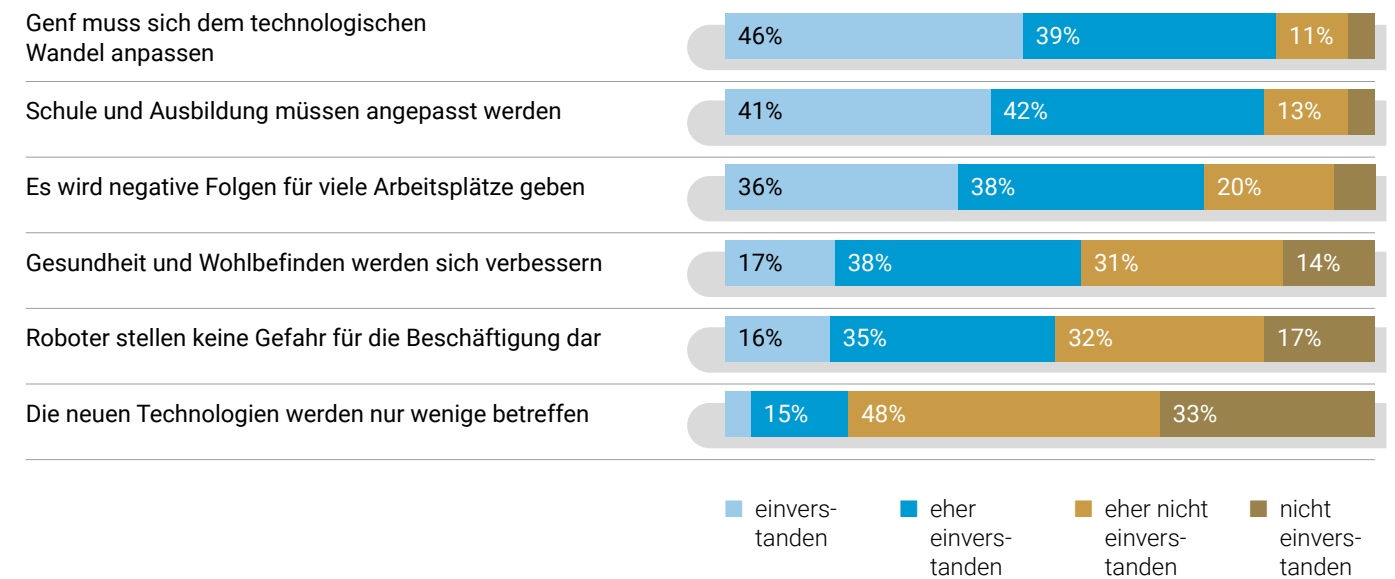
der Sek II schlägt sogar in die Trottoirs eingebaute Solarzellen vor, welche die Lichtenergie der öffentlichen und privaten Beleuchtung in Strom umwandeln. Technologien sollten also für ihren Nutzen eingesetzt werden, nicht als technische Spielerei. Oder aber man geht zurück zu Low-Tech, wie es die Primarschüler*innen vorschlagen, d.h. zu einer Technologie die eben nicht Hightech, sondern einfach und kostengünstig ist.

«Der Mensch muss die Oberhand über die Maschinen behalten»

Digitalisierung: Möchten Sie in Zukunft häufiger.... ?



Die Herausforderungen der Informationstechnologien und der künstlichen Intelligenz



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Die Krise hat klar gemacht, dass digitale Dienstleistungen in allen gesellschaftlichen Bereichen gebraucht werden. Die Digitalisierung hat einen Teil der Wirtschaft gerettet und auch zur Sicherung der Grundversorgung beigetragen. Allerdings wiegt ihr ökologischer Fussabdruck immer schwerer, und ein sparsamer Energieverbrauch bleibt das Gebot der Stunde.

85%

der Befragten glauben, dass Genf sich anpassen muss, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten

Von 10 Befragten sind 8 mit ihrer derzeitigen Arbeit, den Arbeitszeiten und der vorhandenen Ausstattung zufrieden. Mehr als jede*r vierte Befragte wünscht sich jedoch eine bessere fachliche Betreuung, und mehr als jede*r Dritte ist mit dem Ausgleich zwischen Beruf und Privatleben unzufrieden. Hinsichtlich der Work-Life-Balance wird die Telearbeit sowohl als Chance als auch als Gefahr wahrgenommen.

Telearbeit reglementieren

Flexibles Arbeiten ist nicht in allen Tätigkeitsbereichen praktikabel: 75% würden sich flexiblere Arbeitszeiten wünschen, doch für 40% sind weder Flexibilität noch Telearbeit möglich. In den spontanen Kommentaren wurden Beispiele für Berufe (Sozialarbeit, Medizin, Musik) genannt, in denen menschliche Interaktion zentral ist und Telearbeit somit nicht in Betracht kommt. In anderen Kommentaren wird betont, wie wichtig die persönlichen Beziehungen im Beruf sind, selbst wenn theoretisch die Arbeit vom Homeoffice aus denkbar wäre. Zahlreiche Befragte befürchten negative Auswirkungen der Telearbeit

auf ihr Privatleben und heben hervor, dass eine adäquate Gesetzgebung erforderlich ist, wenn sich das Homeoffice generell durchsetzt. «Das Recht auf Unerreichbarkeit muss offiziell anerkannt werden», lautet eine explizite Forderung. Mehrheitlich sind die Befragten der Meinung, dass derzeit weder Gesetzgebung (61%), noch Gesundheitsschutz (62%) oder Arbeitslosenversicherung (66%) an den Wandel in der Welt der Arbeit angepasst sind.

Den Begriff der Arbeit neu denken

Während es im Fragebogen vor allem um die Flexibilität der Arbeit ging, befassten sich die Klassen der Sekundarstufe II noch mit zwei anderen Themen: Dem bedingungslosen Grundeinkommen und der Verflachung von Hierarchien. Mit einem Grundeinkommen wäre Arbeit nicht mehr ein Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts, das mit Lebensfreude und Selbstverwirklichung nichts zu tun hat. Ein Grundeinkommen hiesse ja keinesfalls, nicht zu arbeiten, sondern sich Tätigkeiten widmen zu können, die der persönlichen Entfaltung oder dem

Wohle der Anderen dienen. Und dank der Technologie liessen sich ja schon viele lästige Arbeiten vermeiden. Die zweite Entwicklung scheint für die junge Generation auf der Hand zu liegen. Da alle mit allen jederzeit in Kontakt treten können, werden Hierarchien abgebaut. Die Zukunft, die ihnen vorschwebt, besteht nicht mehr aus Angestellten, sondern aus Berater*innen und Unternehmer*innen!

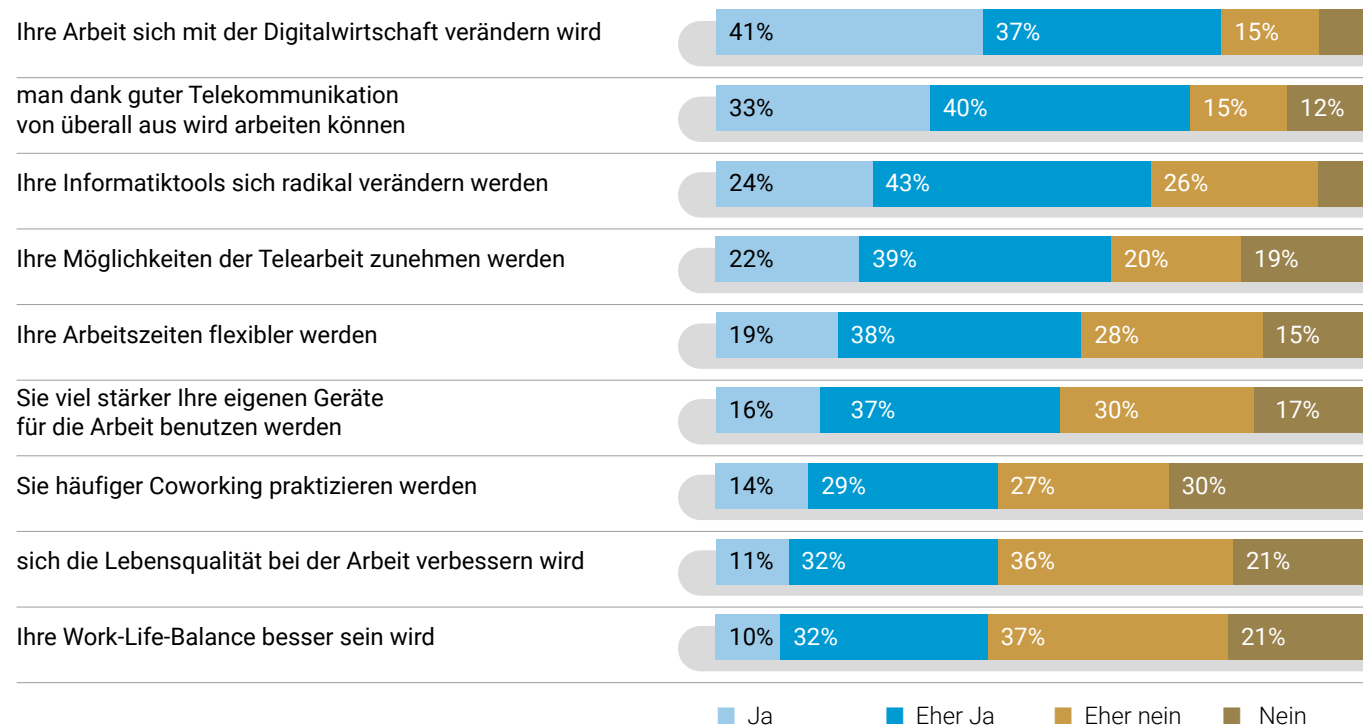
Dem Bedarf vorgeifen

Der Workshop über die Berufe der Zukunft bestätigt die Aussagen dieser Schulklassen. Bis 2030 wird sich nach Schätzungen jede*r zweite junge Berufstätige seinen eigenen Arbeitsplatz geschaffen haben, und man wird sich im Laufe eines Lebens im Schnitt sieben Mal beruflich neu orientieren. Besonders stark wird die Nachfrage nach Kompetenzen sein, die auf andere Bereiche und Berufszweige übertragbar sind, ausserdem nach der Fähigkeit zur systemischen Analyse, die zur besseren Erfassung einer Problematik ein Interagieren mit anderen Personen voraussetzt. Wenn uns also die Maschinen

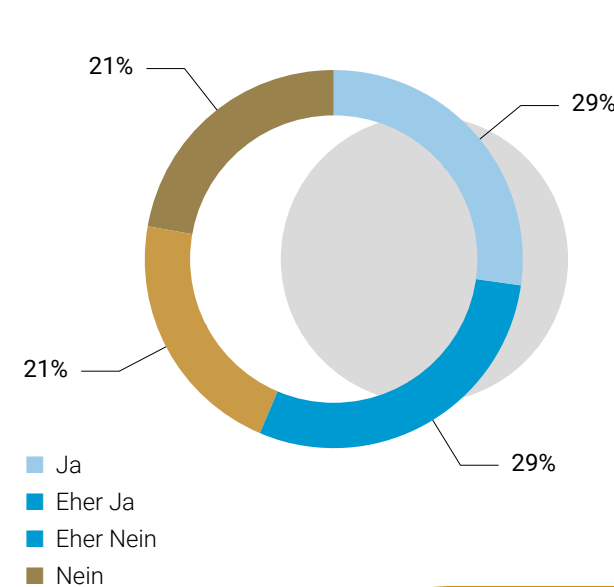
im Hinblick auf logische Intelligenz zwar voraus sind, so gilt dies nicht für die interpersonale Intelligenz. Dieser Umstand sollte die 70% der Befragten beruhigen, die befürchten, dass ihr Beruf sich infolge der digitalen Entwicklung radikal verändern oder sogar verschwinden könnte. Wie der Workshop zeigte, werden die Berufe von morgen auf den heutigen Trends aufbauen, daher ist es notwendig, die Entwicklungen vorherzusehen und angemessene Fortbildungsprogramme anzubieten. Ein Beispiel unter vielen: Wenn bald immer mehr Wasserstoff-LKW auf unseren Strassen rollen, wird deren Wartung und Reparatur ganz andere Kompetenzen voraussetzen als jene, die bis heute gelehrt werden. Aus Automechaniker*innen müssen Mechatroniker*innen werden, vorausgesetzt dass dieser Wandel antizipiert und begleitet wird.

«Telearbeit ja, aber?»

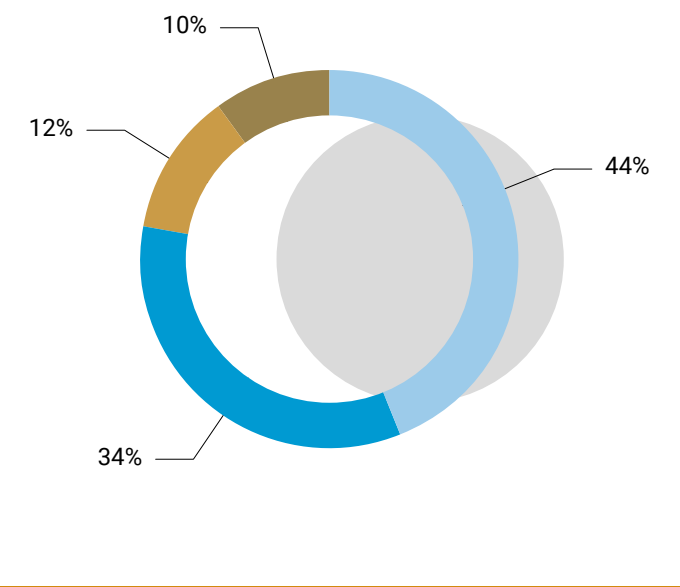
Glauben Sie, dass in Zukunft.... ?



Möchten Sie in Zukunft mehr Telearbeit leisten?



Möchten Sie in Zukunft eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung?



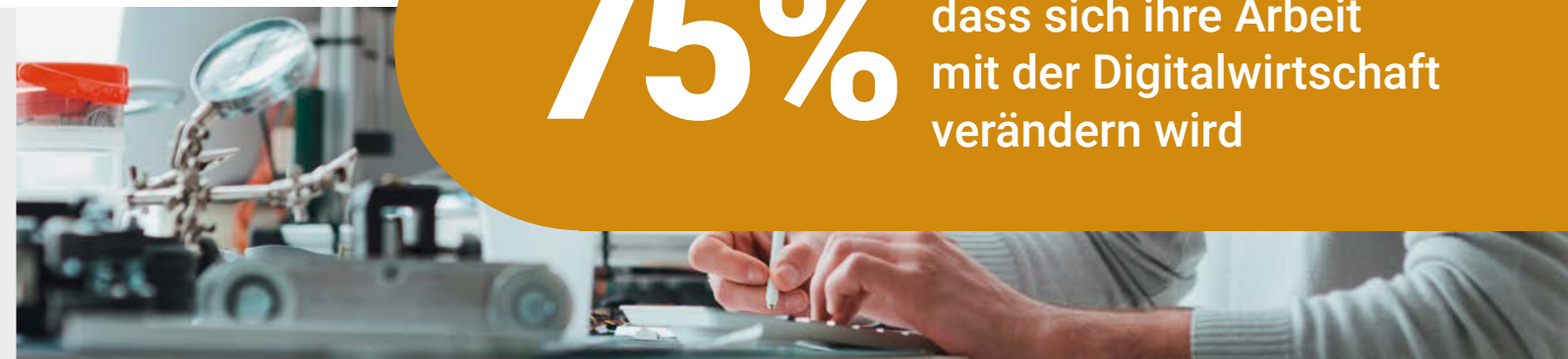
75%

der Befragten glauben, dass sich ihre Arbeit mit der Digitalwirtschaft verändern wird



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Die Krise hat manch lange vorhergesagten Trend von heute auf morgen befeuert: Homeoffice, Arbeitszeitflexibilisierung, digitale Resilienz und eine regelrechte Kulturrevolution in der Arbeitswelt. In der gemischten Beurteilung des Homeoffice haben allerdings womöglich wirtschaftliche, soziale und auch Geschlechterunterschiede eine Rolle gespielt.



Über 95% der Befragten sind entschieden der Ansicht, lebenslanges Lernen sei für alle ein Muss. Dieses Ziel sollte vor allem durch den Ausbau der Fort- und Weiterbildung erreicht werden. Die Qualität der öffentlichen Schule stufen drei Viertel der Befragten als gut ein, auch wenn hier und dort eine Erneuerung nötig sei.

Lehrpläne neu definieren

Die Befragten wünschen sich eine Schule der Zukunft, die mehr kompetenzorientiert (90%) und besser auf die spezifischen Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten (72%) ist, allerdings nimmt das Gewicht dieser beiden Forderungen mit steigendem Ausbildungsgrad ab. Die neuen Technologien sollten in den Unterricht integriert werden (85%), sowohl was die Vermittlung des Lehrstoffs als auch den Inhalt der Lehrpläne betrifft. In den freien Kommentaren werden Begriffe wie das sogenannte savoir être (in etwa: Sozial- und Selbstkompetenz), Solidarität und gewaltfreie Kommunikation genannt, eine Inspiration hierfür könnten pädagogische Konzepte aus den skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland) oder auch die Lehrmethoden gewisser Privatschulen (Montessori, Steiner) bieten. Diese Konzepte definieren Inhalte, welche im Rahmen

eines Workshops über die Berufe der Zukunft als «Invarianten» bezeichnet wurden: In der Schule von morgen wird es wahrscheinlich nicht mehr darum gehen, Textverarbeitung zu unterrichten, sondern emotionale Intelligenz! In einem der Kommentare wird ausgeführt: «In der Schule der Zukunft müssen kritisches Denken, Medien und Marketinganalyse sowie Psychologie und Kommunikation vermittelt werden, damit die Jugend von morgen weniger konsumorientiert ist und klar ihre Meinungen, Einwände und Vorlieben zum Ausdruck bringen kann».

Strukturen flexibler gestalten

Weniger als 10% der Befragten halten Fernunterricht für eine gute Idee. In der Primarschule und der Orientierungsschule (Sek I) wird ein individualisierter, an den Leistungen ausgerichteter Lehrplan angeregt, um Sport, Kultur und Kreativität zu fördern. Für die Sekundarstufe II wird der Wunsch nach Schulbildung bis zum 20. Lebensjahr formuliert, allerdings mit reduziertem Pensum und online nutzbaren Kursen. Je nach Schulzweig oder Bildungsbereich wird, um die erworbenen Kenntnisse konkret anzuwenden, auch für eine Partnerschaft mit Unternehmen plädiert sowie ein Mentoring

mit älteren Schüler*innen angeregt. Die bestehenden gestuften Bildungsoptionen werden zwar auch positiv gesehen, doch mit zunehmendem Alter der Befragten wird das System der verschiedenen Bildungsgänge manchmal als stigmatisierend empfunden.

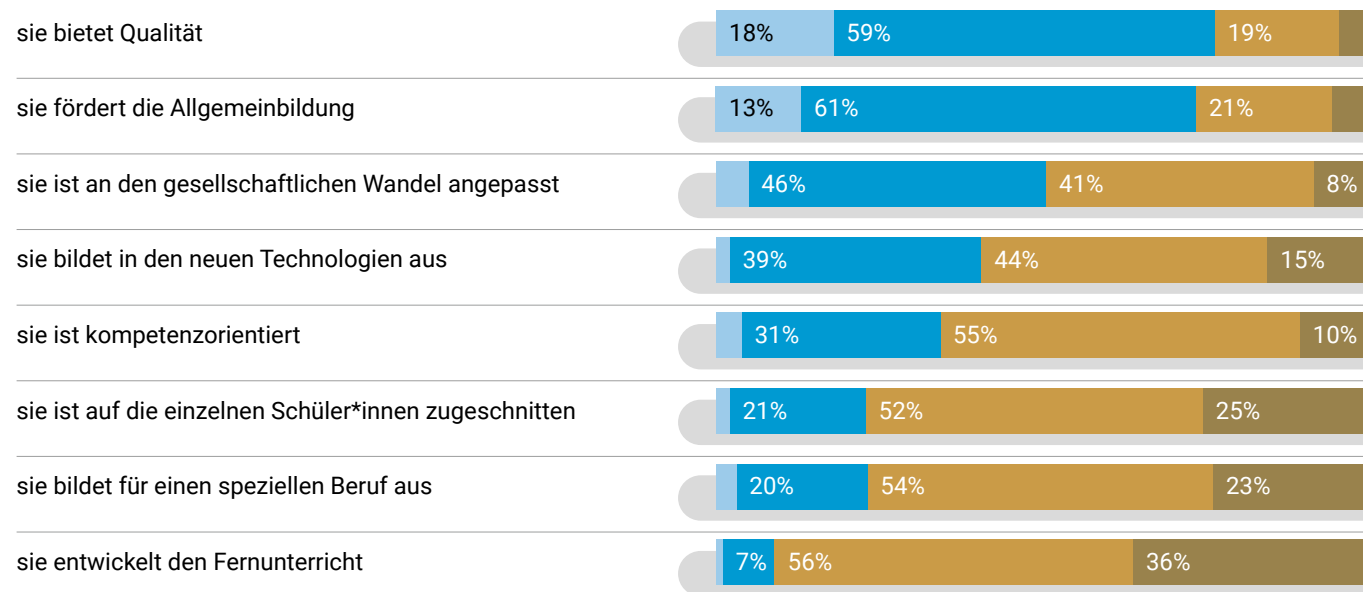
Die Klassen der Orientierungsschule heben hervor, dank der Digitalisierung könne der individuelle Rhythmus der Schüler*innen berücksichtigt werden. Diese Feststellung ergänzt das Ergebnis des Workshops «Schule ohne Wände», in dem zwei grundlegende Neuerungen festgehalten wurden. Die erste betrifft die Beziehung zwischen der Lehrperson und den Lernenden, die ja heute ohne weiteres Zugang zu anderen Wissens- und Informationsquellen haben. Daraus ergibt sich automatisch die zweite Neuerung: Je nach Lernfortschritt werden Lerninhalte angeboten, die individuell auf die einzelnen Schüler*innen zugeschnitten sind. Dabei erleichtern die digitalen Mittel die Aufnahme des Stoffes und erlauben es den Lehrer*innen, die Modalitäten ihres Unterrichts neu zu gestalten. Die Folgen sind klar: Die Ausbildung des Lehrpersonals muss angepasst, die Lehrpläne müssen flexibler gestaltet werden.

Systematische Fort- und Weiterbildung

Aber Bildung und Ausbildung endet nicht mit der Schule. 7 von 10 Befragten wünschen sich in Zukunft denn auch mehr Fort- und Weiterbildungskurse. Das von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) geprägte Konzept des lifelong learning müsse durch finanzielle Unterstützung und Massnahmen zur beruflichen Neuorientierung flankiert werden, die von den verschiedenen Akteuren gemeinsam getragen werden. In diesem Sinne lautet einer der Kommentare: «Obligatorische, von den Arbeitgebern finanzierte Fortbildung. Es ist nicht normal, dass die Hauptlast von der Arbeitslosenversicherung geschultert wird. Auch am Arbeitsplatz selbst müssen Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden.»

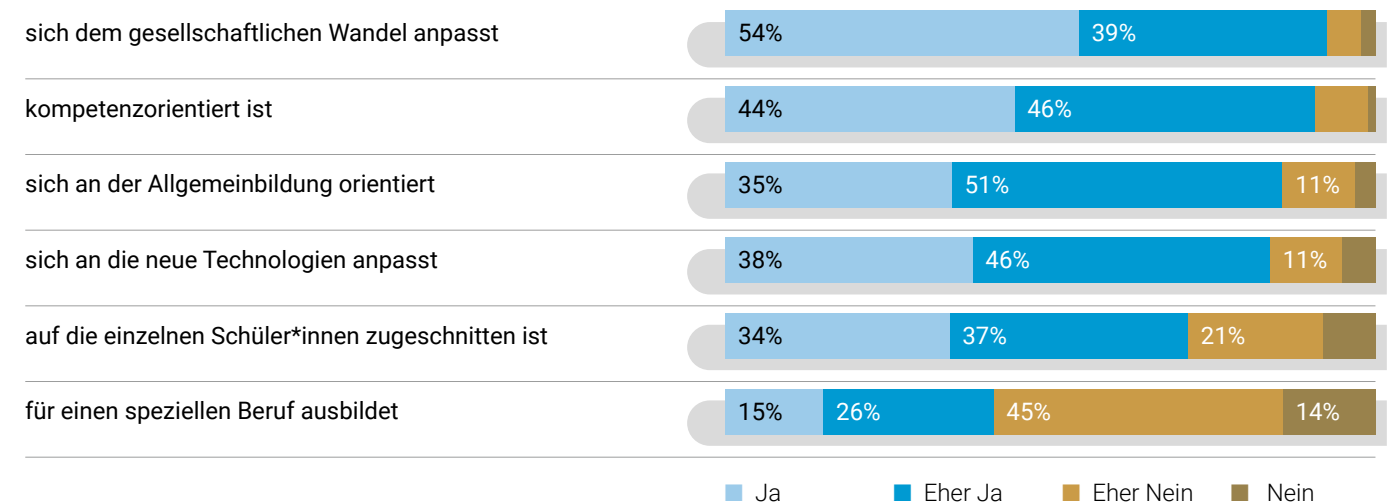
«Die Ausbildung der Lehrpersonen anpassen»

Welche Aussage trifft Ihrer Meinung nach für die öffentliche Schule heute zu?



■ Ja ■ Eher Ja ■ Eher Nein ■ Nein

Was für eine Schule wünschen Sie sich für die Zukunft? Eine Schule, die ...



■ Ja ■ Eher Ja ■ Eher Nein ■ Nein



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Die Erfahrungen mit dem Homeschooling gingen vor allem im Hinblick auf die wöchentliche Lernzeit der Schüler*innen weit auseinander. Ein Gefälle, das Ausdruck einer Summe von Ungleichheiten ist, in den Lebensumständen der Familien, im Zugang zum Onlineunterricht und damit in den Lernmöglichkeiten.



95%

meinen, dass jede Person das ganze Leben lang lernen und sich weiterbilden sollte

Die Mehrheit der Befragten wünscht sich für Genf eine nachhaltige, diversifizierte, innovative und auf lokalem Knowhow basierende Wirtschaft. Die Ergebnisse variieren allerdings nach Geschlecht und Generation. Den Frauen ist das Nachhaltige und Lokale wichtiger, das Innovative vor allem den Männern. Die Jungen setzen klar auf Nachhaltigkeit.

Wirtschaftliche Tätigkeit definieren

Die acht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Attraktivität des Kantons vorgeschlagenen Massnahmen werden alle mehrheitlich positiv bewertet. An der Spitze steht die Förderung von Talenten (92%), es folgt die Stärkung von Innovationszentren (90%) und der Infrastruktur (85%), wogegen die Erhaltung eines hohen Lebensstandards weniger entscheidend (75%) erscheint. Am wenigsten beliebt ist die Entwicklung eines Grundeinkommens, auch wenn dieses immerhin noch mehr als 60% Zustimmung erhält und in den Kommentaren häufig angesprochen wird. Hier sind abhängig von der Lebenslage allerdings deutliche Unterschiede zu erkennen: Für Frauen,

jüngere oder weniger gut ausgebildete Personen sowie für Alleinerziehende haben die Stabilität des Arbeitsplatzes und die Sozialleistungen eine höhere Bedeutung.

Handeln für ein nachhaltiges Wirtschaften

Die Frage nach der Erhaltung des Lebensstandards verweist auf eine ganz zentrale Auseinandersetzung, die den Workshop «Nachhaltige Volks- und Finanzwirtschaft» wie ein roter Faden durchzog. Für die einen ist nachhaltige Finanzwirtschaft ein Widerspruch in sich. Für die anderen muss jeder Bereich, auch in der Wirtschaft, heute Nachhaltigkeit anstreben. Die Teilnehmenden der Umfrage scheinen eher Letzteres zu befürworten und wären für eine Reihe von Massnahmen zu haben: Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen fördern (92%), von den Banken nachhaltige Investitionslösungen fordern (78%). Auch hier sind die Frauen etwas stärker mit dabei, in diesem Fall mit den akademisch Gebildeten und der Gruppe der 30-45-Jährigen.

Um die Fähigkeit einer Wirtschaft zu nachhaltiger Entwicklung zu messen, muss zunächst festgelegt werden, was denn Nachhaltigkeit ausmacht. Der Kanton Genf erfasst und verfolgt die Erwerbsquote und die Gesamtzahl der Arbeitsplätze auf seinem Staatsgebiet, und eine gesunde Wirtschaftslage wird insbesondere durch die Anzahl der Personen definiert, die zur Wirtschaftsleistung beitragen. Derzeit wird geprüft, welche anderen Nachhaltigkeitsfaktoren mit einbezogen werden könnten, wobei man sich vor allem an den 17 UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung orientiert.

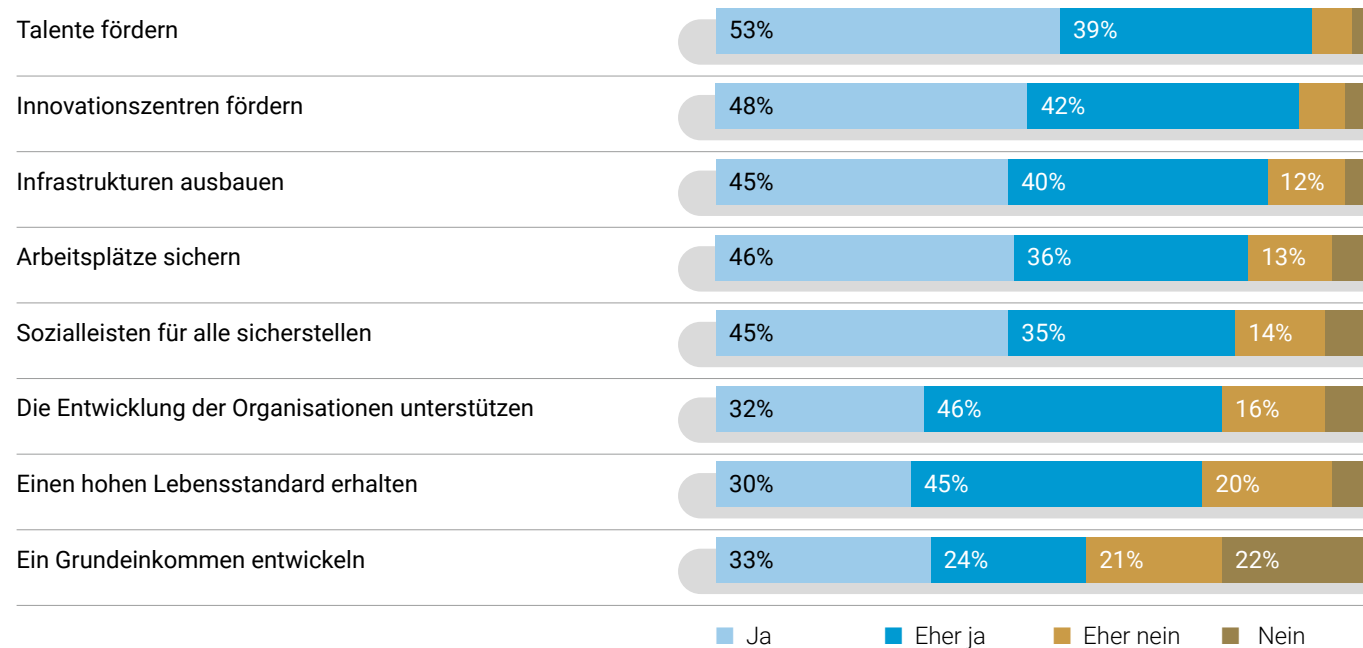
Lokale Kreisläufe fördern

In den spontanen Kommentaren wurden weitere Ideen vorgeschlagen, beispielsweise die Verpflichtung für Unternehmen mit hohen Gewinnen, in die lokale Wirtschaft zu reinvestieren. Auch die Klassen der Sekundarstufe II diskutierten über dieses Thema und äusserten sich gegen die Optimierung durch Steuerpauschalen und für eine stärker lokal ausgerichtete Wirtschaft, eine Ökonomie, die zum Beispiel den «Léman»

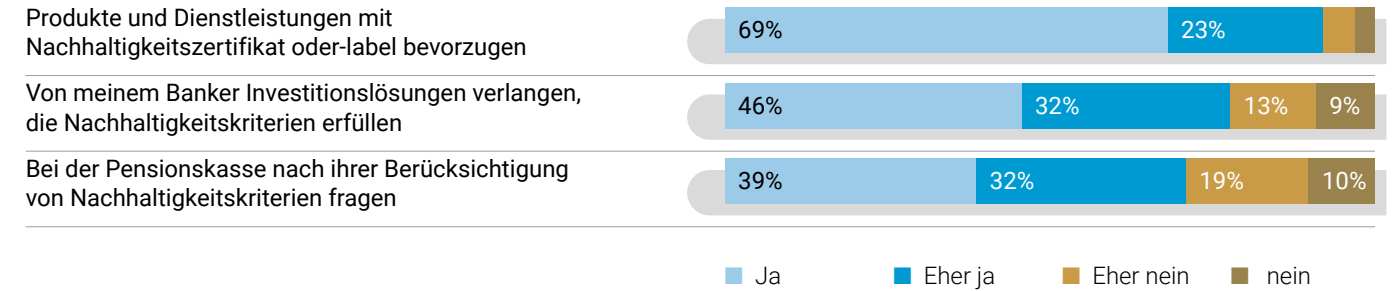
benutzen würde; diese im Workshop präsentierte Lokalwährung fördere kurze Wege und verhindere Investitionen in spekulative Aktivitäten. Vor allem kommt aber in den Kommentaren das Gefühl einer wachsenden Ungleichheit und der Wunsch nach einem Ausstieg aus dem Kapitalismus zum Ausdruck.

«Das Gefühl einer wachsenden Ungleichheit»

Welche Massnahmen könnten getroffen werden, um die wirtschaftliche Attraktivität des Kantons zu verbessern?



Wozu wären Sie in Zukunft bereit, um eine nachhaltige Wirtschaft zu unterstützen?



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Wie das Internationale Arbeitsamt feststellt, werden durch die Krise enorm viele Arbeitsplätze vernichtet, potentiell aber auch geschaffen. Gefordert sind deshalb aktive Massnahmen für die Berufsbildung und eine vorausschauende Politik gegen Arbeitslosigkeit und für Umschulungen, um die Standfestigkeit der Unternehmen zu stärken.

85%

sind dafür, Talente, Innovation und Infrastruktur zu fördern



Werden Schutzauftrag und Freiheit noch vereinbar sein?

Der Begriff der Sicherheit durchzieht alle Themen dieser Befragung, doch am meisten sorgen sich die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer offensichtlich darum, dass sie sich gefahrlos im öffentlichen Raum fortbewegen können (77%) und nicht um ihre Wohnung fürchten müssen (75%). Frauen sind im Schnitt etwas besorgter (+10% bei der Sicherheit auf der Strasse, +13% bei der Sorge um die Wohnung, +15% bei der Arbeitsplatzsicherheit). Die Videoüberwachung wird sehr kontrovers beurteilt.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Zur Sicherheit des Arbeitsplatzes sind einige sehr differenzierte Kommentare zu lesen. Neben der Angst vor einer Entlassung wird von manchen auch darauf hingewiesen, dass der Erhalt einer gewissen beruflichen Mobilität normal sei. Eine Person bemerkt, «das Wichtigste ist nicht, dass einem der Arbeitsplatz sicher ist, sondern dass es ein System gibt, das für jede*n einen Berufswechsel erleichtert, oder finanzielle und moralische Unterstützung für Einzelne bietet, wenn sie ihren Job verlieren.» Das Gefühl der Sicherheit im öffentlichen Raum ist dagegen für alle, Frauen und Männer, ein Anliegen.

Die Lösungen seien eine Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus, LGBTQ+-Phobien, für rüpelhaftes oder grob unhöfliches Verhalten, eine verstärkte Polizeipräsenz und eine bessere sozialer Kohäsion. Unter den Schulklassen, die sich für diese Thematik entschieden haben, sprechen die Jugendlichen der Orientierungsschule (Sek I) davon, wie wichtig es für sie ist, sich in ihrem konkreten Alltag sicher zu fühlen, aber auch, «zu lernen, Nein zu sagen». In der Sekundarstufe II weiten sich diese Sorgen über das Persönliche hinaus und richten sich beispielsweise auf die Bekämpfung von Terrorismus

Die Privatsphäre schützen

Der Zusammenhang zwischen Technologie und Sicherheit wird intensiv diskutiert, vor allem in Bezug auf die Videoüberwachung. Nur 20% sind uneingeschränkt für die Anbringung zusätzlicher Kameras, 22% sind eher dafür; das entspricht fast spiegelbildlich der ablehnenden Seite mit 25% nein und 32% eher nein. Die positiven Bewertungen fallen allerdings bei Menschen mit höherer Schulbildung um 50% seltener aus, auch wird die Kameraüberwachung in den Kommentaren häufig kritisiert. Die Kameras werden

als Eingriff in die Privatsphäre empfunden, sie seien eine Freiheitsbeschränkung, die gar nicht mehr Schutz verschaffe. «Wir leben doch nicht in einem Orwell-Roman», schreibt ein*e Teilnehmer*in.

In Bezug auf Technologie und die damit verbundenen Sicherheitsrisiken werden die Schülerinnen und Schüler mit zunehmendem Alter skeptischer.

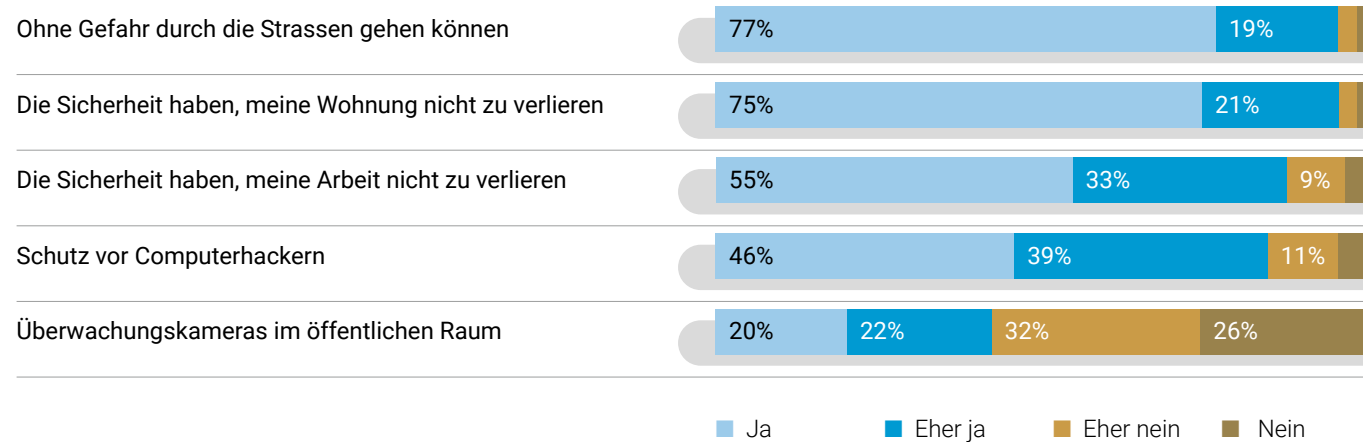
Daten schützen

Die jüngeren Schüler*innen bewerten die Technologie noch als Plus für mehr Sicherheit, verbinden damit auch andere Themen und schwärmen sogar von Elektroautos für die Polizei und von kompostierbaren Radarfallen. Später kehrt sich der Trend um, und in der Sekundarstufe II sorgt man sich in erster Linie um den Schutz der eigenen Daten. Im Fragebogen teilen diese Sorge nur die über 65-Jährigen, auch wenn die notwendige Bekämpfung von Computer-Hacking in den Kommentaren oft erwähnt wird. Hier wird die Rolle des Staates allerdings als marginal oder sogar unbedeutend eingestuft und eher in der Sensibilisierung und Aufklärung als in einer

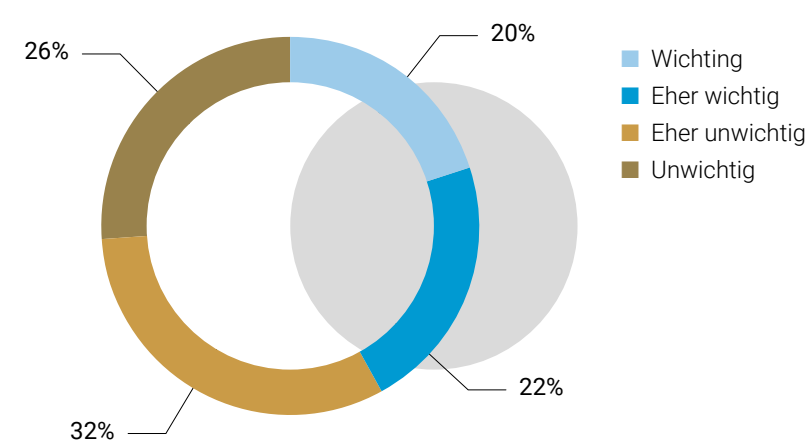
staatlichen Kontrolle gesehen. Es sei denn, wie zu lesen ist, der Staat setze sehr viel weiter vorne an: «Wenn man Schutz vor Netzpiraten will, müsste der Staat sehr viel grundsätzlicher über die flächendeckende Nutzung und Verbreitung von Technologien, Internet der Dinge oder künstlicher Intelligenz nachdenken. Big Data mit berücksichtigen, aber eben auch echte und sinnvolle Bedürfnisse, denn die Hacker sind immer einen Schritt voraus.»

«Das Gefühl der Sicherheit im öffentlichen Raum: Eine Priorität für alle»

Sind diese Punkte wichtig, damit Sie sich in Zukunft in Sicherheit fühlen?



Videoüberwachung im öffentlichen Raum



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?
Virtuelle Gesprächsräume können ein neues Mittel werden, um künftigen Krisen die Stirn zu bieten. Dabei sind Fragen der Sicherheit auf den einschlägigen Plattformen von zentraler Bedeutung.



75%

heisst Sicherheit in Zukunft, sich gefahrlos im öffentlichen Raum zu bewegen und sicher eine Wohnung zu haben.

Die Ergebnisse für Kultur und Sport sind praktisch identisch: 7 von 10 Befragten sind der Meinung, dass beide den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, 6 von 10 sagen, das werde 2050 immer noch so sein. Fast 3 von 10 meinen sogar, dies werde in Zukunft noch wichtiger.

Spass und Gesundheit verbinden

Was kulturelle Veranstaltungen angeht, betrachtet sich knapp ein Viertel der Befragten als regelmässige Besucher*innen. Dem entsprechen die Zahlen beim Sport: 3 von 10 Personen stufen sich als regelmässige Sportler*innen ein. In beiden Bereichen erklären ausserdem ungefähr 4 von 10, dass sie sich hin und wieder kulturell oder sportlich betätigen, sodass es insgesamt 7 von 10 sind.

Der wichtigste Grund für kulturelle Interessen sind Freude und Spass daran (86%), gefolgt von der persönlichen Entfaltung (66%). Beim Sport geht es in erster Linie um den Erhalt der körperlichen Fitness (80%), danach um das persönliche Wohlbefinden (77%), der Spass daran kommt erst an dritter Stelle (74%). Allerdings spielt auch der Bildungsgrad mit

hinein, da Befragte mit hohem Bildungsgrad bei der Kultur eifriger dabei sind und mehr Freude daran haben. Im Sport ist es dagegen so, dass Akademiker eher die Pflege der körperlichen Fitness betonen als Personen mit obligatorischem Schulabschluss, für die der Sport vor allem Spass ist.

Begegnung ermöglichen

Räume für Kultur und Sport sind auch Räume der Begegnung. Zwar wird dieser Grund im Durchschnitt seltener angeführt (41% bei der Kultur, 37% beim Sport), gewinnt aber bei allein stehenden Menschen an Gewicht, die darin die Gelegenheit sehen, neue Bekanntschaften zu knüpfen. Weitere Unterschiede bei der kulturellen oder sportlichen Betätigung sind vor allem altersbedingt: Die Jüngeren (unter 30) sehen die Kultur eher als Element der sozialen Kohäsion, nennen den Spass an der Sache als Hauptgrund für ihr Engagement und verstehen sich als gelegentliche oder regelmässige Besucher*innen. Das gleiche gilt für den Sport, wo 71% der Personen unter 30 den Sport als Element des sozialen Zusammenhalts verstehen, gegen 57% bei den über 65-Jährigen. Ausserdem bezeichnen sich

Frauen seltener als Männer als regelmässige Sportlerinnen oder Besucherinnen von Kulturveranstaltungen.

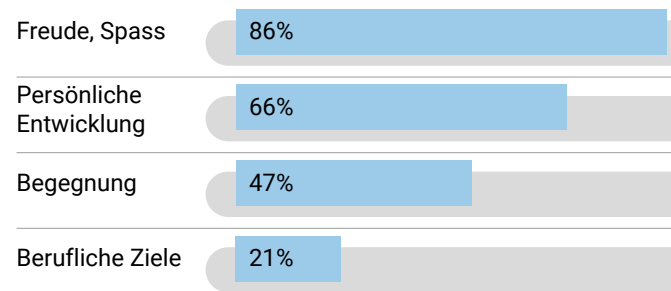
Erschwingliche Aktivitäten anbieten

In den offenen Kommentaren konnten sich die Befragten zu ihren Zukunftswünschen äussern, unabhängig von den Fragestellungen des Online-Fragebogens. Mit Blick auf die Kultur zeigt sich hier der Wunsch nach einer alternativen, inklusiven, nicht-elitären, populären Kultur. Im Sport wird der Wunsch nach einem Ausbau der Infrastruktur geäussert, das gilt auch für die Schüler*innen der Sekundarstufe II, und die Stossrichtung ist immer die gleiche: Zugänglichkeit für alle, unabhängig von Einkommen oder Behinderungen. Vorgeschlagen werden zum Beispiel kostenlose Sommerkurse für Senioren im Park, ein Vita-Parcours in der Stadt, von den Krankenkassen übernommene Sportkurse, die Verweigerung von Subventionen für Clubs, die keine Frauenteams haben, weil «alle Sportarten für Männer und Frauen gleich behandelt werden müssen». Auch Aktivitäten an der Schnittstelle von Kultur, Sport und Umwelt wären sehr beliebt: «Wanderungen

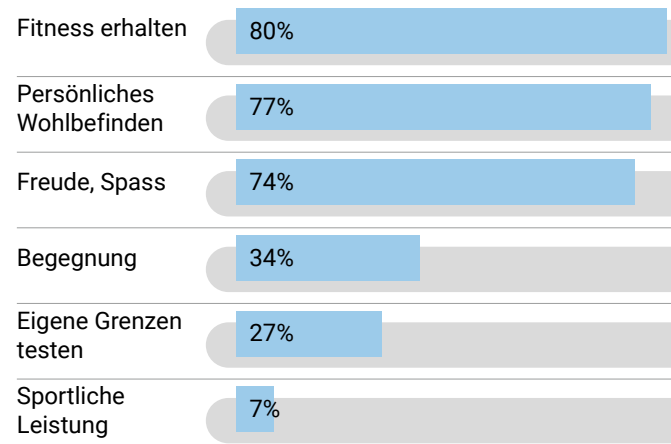
in der Landschaft mit kostenloser Führung durch Personen, die Bescheid wissen über Tiere, Bäume, Getreidearten... dadurch würden die Leute motiviert, sich zu bewegen und sich für die Natur zu interessieren.» In die gleiche Richtung geht «gemeinsamer Sport an schönen Orten in der Natur (See, Berge, Wald) sollte gefördert werden, um Begegnungen zu ermöglichen, die Gesundheit zu erhalten, für die Natur zu sensibilisieren.» Insgesamt scheinen die Kommentare diese Vision zu beschreiben: Kultur und Sport fördern, sei es durch Grossveranstaltungen, durch eine Kostenübernahme durch die Krankenkassen oder durch die Publikation eines Wander- bzw. Spaziergangführers.

« Räume für Kultur und Sport sind auch Räume der Begegnung »

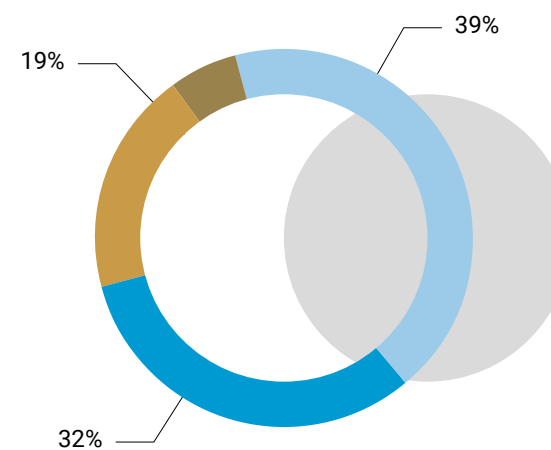
Ziele einer langfristigen kulturellen Betätigung



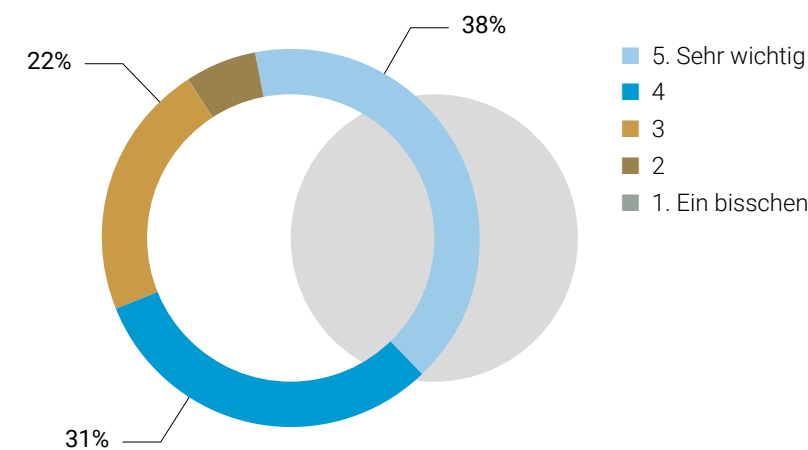
Ziele einer langfristigen sportlichen Betätigung



Ist die Kultur ein wichtiger Faktor der sozialen Kohäsion?



Ist der Sport ein wichtiger Faktor der sozialen Kohäsion?

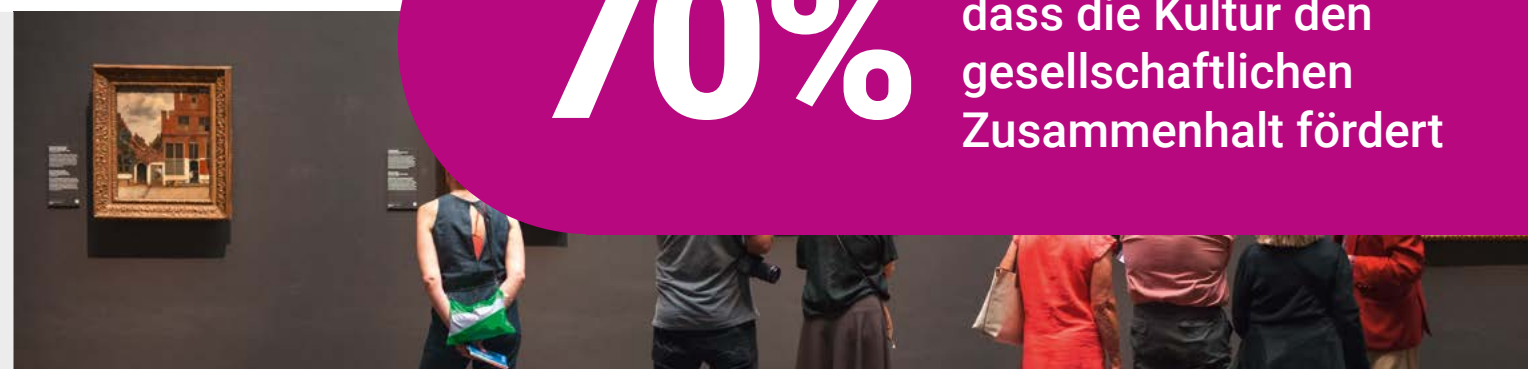


Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Relokalisierung der Freizeitaktivitäten: Der erzwungene Mobilitätsstopp während des Shutdowns hat dazu geführt, dass man für Freizeit und Erholung wieder die nähere Umgebung des Wohnorts aufsucht.

70%

sind der Meinung, dass die Kultur den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert



Am Ende des Fragebogens wurden die Personen, die sich auf die Befragung eingelassen hatten, nach ihrem Vertrauen in die Institutionen und Organisationen gefragt, die das Genf von morgen zu gestalten haben. Zu mehr als 96% erklären sie ihr Vertrauen in den Kanton und die Gemeinden, aber auch, dicht gefolgt und in dieser Reihenfolge, in Verbände, Vereine oder Stiftungen vor Ort, in den Bund und in die KMU.

Einflussnahme differenzieren

Was das Vertrauen in die Akteure der Zukunft angeht, so sind einige bemerkenswerte Unterschiede festzustellen. Frauen und Personen unter 45 sind entschlossener in ihrer Unterstützung für Kanton, Stadt und Verbände. Die Justiz und deren Rolle sind wichtiger für die über 65-Jährigen, die unter 30-Jährigen, für Frauen und für Personen mit Pflichtschulabschluss. Die multinationalen Konzerne werden von Personen mit weniger hohem Bildungsstand als wichtiger erachtet (41% gegen 31%

im Durchschnitt), während die Jüngeren unter 30 die UNO besonders wertschätzen (31% gegen 24% im Durchschnitt). Bei allen Bevölkerungsgruppen kommt dagegen die Europäische Union und ihre Rolle an letzter Stelle.

Für mehr als die Hälfte der Befragten (57%) sollte der Bund eine wichtige Rolle spielen, ebenso lokale Verbände, Vereine und Stiftungen (58%). Ungefähr 4 von 10 Personen wünschen sich, dass KMU (44%) sowie Parteien, Clubs und Kirchen (40%) einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung Genfs leisten, etwas weniger gilt das für die Justiz (37%).

Lokale Partner stärken

Die Antworten im Online-Fragebogen fielen also zwar eher positiv aus, doch viele Personen nutzten die Gelegenheit, um in den freien Kommentaren ihre Skepsis zu äussern, sei es gegenüber der Stadt oder dem Kanton. Auch die multinationalen Konzerne

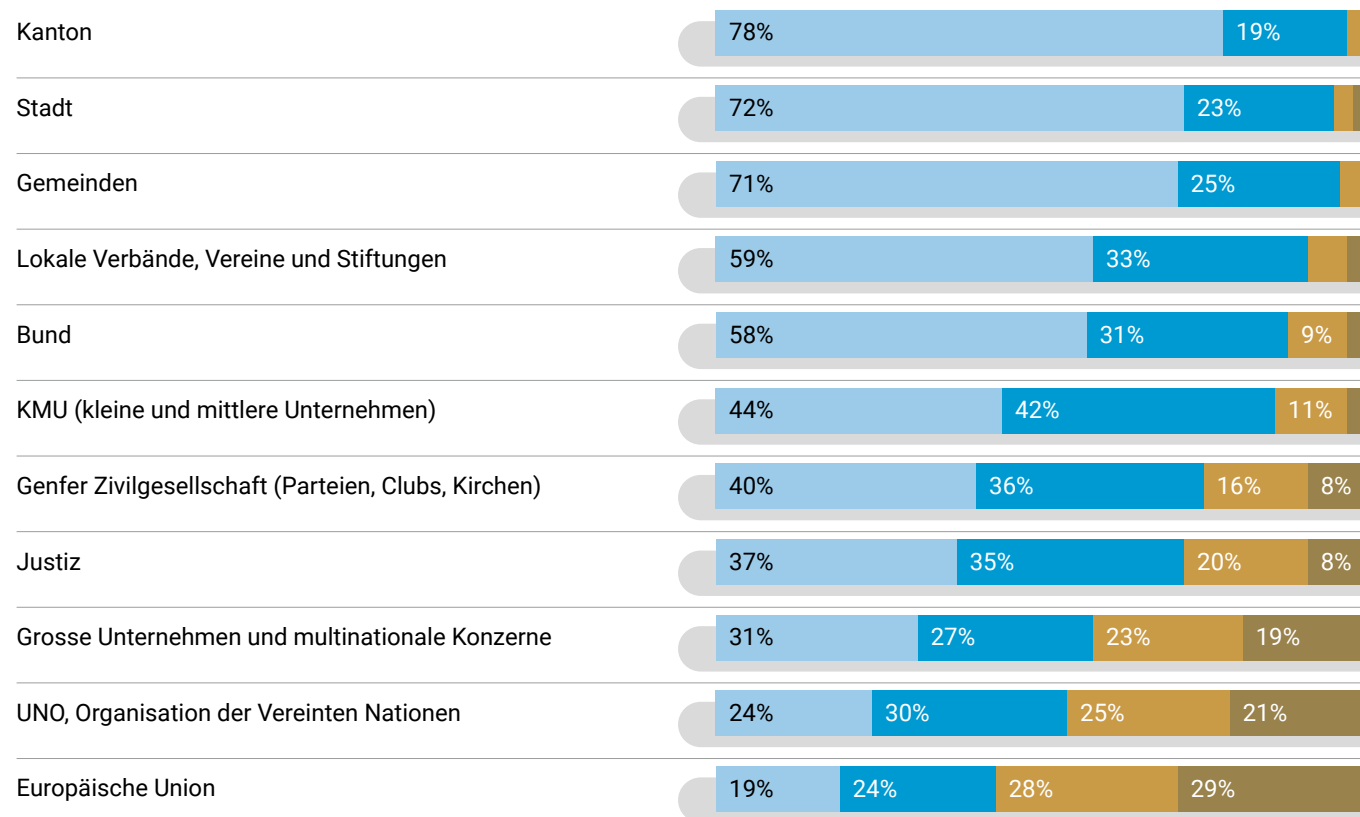
werden wiederholt kritisiert und sollten, so ein Kommentar, «ihre Aufgabe wahrnehmen, denn sie beeinflussen das wirtschaftliche und soziale Leben auf entscheidende Weise. Sie stehen für bestimmte Werte und sollten ethisch handeln und mehr zum Bildungs- und Ausbildungsprogramm beitragen.» In den Kommentaren ist ausserdem ein Trend zum Lokalen zu erkennen, aber auch zum Glocalen (das Lokale stärken ohne den globalen Austausch zu vernachlässigen). «Ich möchte, dass die Entwicklung Genfs von den Menschen bestimmt wird, die hier leben, von nahe gelegenen Unternehmen, die die Lebensrealität kennen.» «Man muss im Auge behalten, dass die lokalen Akteure immer bessere Gründe haben werden als die nicht-lokalen, in Genf zu investieren.»

An andere Akteure denken

In den Kommentaren werden weitere Handlungsträger genannt, die in der Liste des Fragebogens nicht vorkommen, aber auch zur Entwicklung Genfs beitragen könnten: Hochschulen, Universitäten und Technischen Hochschulen beispielsweise.

«Unter den Befragten gibt es grosse Unterschiede»

Möchten Sie, das die folgenden Akteure in der Zukunft zur Entwicklung Genfs beitragen?



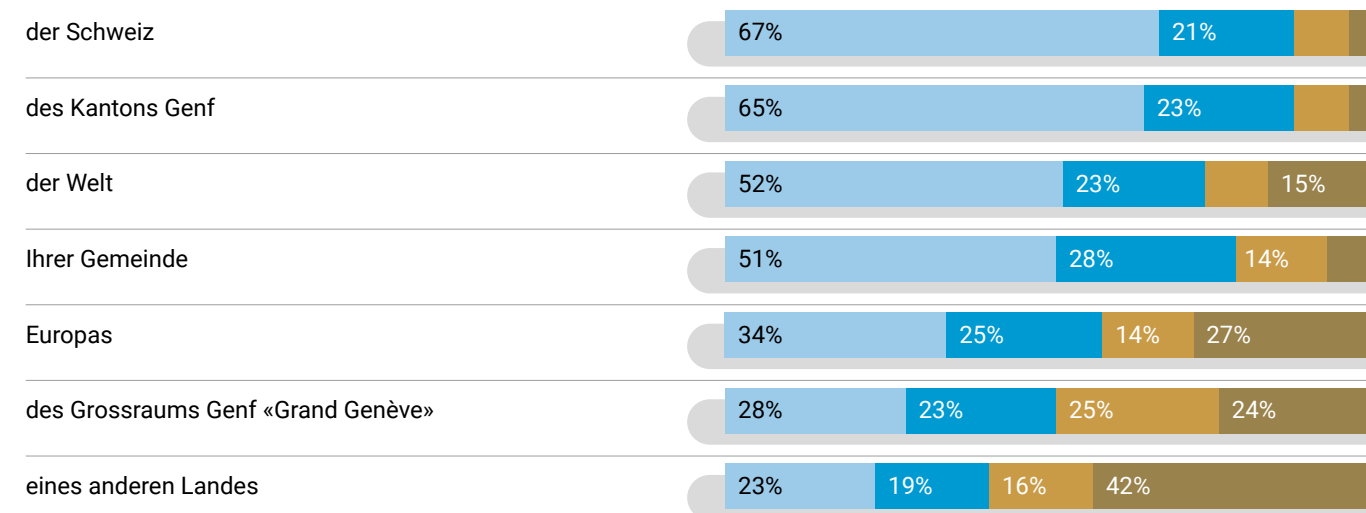
■ Ja ■ Eher nein
■ Eher ja ■ Nein



Was lehrt uns die Covid-19-Krise?

Das Regierungshandeln könnte sich vermehrt am Vorsichtsprinzip und am Risikomanagement orientieren. Eine solche Governance würde politische Entscheidungen stärken und wäre besser geeignet, eine mittel- und langfristige Bereitschaftsplanung in Angriff zu nehmen.

Fühlen Sie sich als Bürgerin oder Bürger...?



70%

wünschen sich, dass Kanton und Gemeinden in Zukunft zur Entwicklung Genfs beitragen.





**GENF IN ZEITEN
VON COVID-19**



Auf der Suche nach Resilienz nach Covid-19: erste Ideen

Resilienz kann als die Fähigkeit eines Systems definiert werden, seine Tätigkeiten unter unerwarteten Bedingungen fortzuführen. Im März 2020 hat die COVID-19-Pandemie unsere Gewohnheiten auf den Kopf gestellt, bisher eher exotische Praktiken wie Homeoffice oder E-Learning zur Norm werden lassen, aber auch bestehende soziale Unterschiede verschärft. Die Krise hat die Frage nach der Mobilität neu gestellt und diejenige nach der Klimazukunft in ein noch greller Licht gerückt.

Historischer Mobilitätsstopp

Der Shutdown hat den unaufhaltsamen Anstieg der Mobilität der letzten Jahrzehnte abrupt gestoppt, aber auch zu einem Rückzug von öffentlichen auf individuelle Verkehrsmittel geführt. Velofahren und zu Fuss gehen erlebten eine explosionsartige Renaissance, aber gleichzeitig stiegen viele Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel wieder auf das Auto um. Kurz- und mittelfristig werden der Bedarf an Mobilität und deren Ausgestaltung davon abhängen, wie sich gewisse Trends weiter entwickeln (Homeoffice, Relokalisierung der Freizeitaktivitäten...). Es erweist sich deshalb als entscheidend wichtig, richtungweisende Zeichen zu setzen, um mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele neue Mobilitätsformen zu fördern, die sich nach einem Ende der Krise dauerhaft verfestigen könnten.

Gleichzeitig führte die Krise zu einem geschärften Bewusstsein für das Mass an Lärmbelastung und Stress, für die Bedeutung von Lebensraum und Umwelt. Immer mehr wünscht man sich breitere, begrünte Trottoirs, Velowege, Terrassen für Restaurants, all das ohne Abhängigkeit vom motorisierten Verkehr. Am Arbeitsplatz stellt sich inzwischen die Frage, ob man von den Open Spaces wekommt, vielleicht sogar generell vom Bürogebäude – es wäre die Gelegenheit, die Innenstädte zu verdichten und weitere Zersiedelung zu verhindern.

Weitgehend aufgefangen wurde dieser Mobilitätsstopp durch die Digitalisierung. Erste Umfragen bei Arbeitgebern zeigen, dass die Organisationen nicht unbedingt darauf vorbereitet waren, die Infrastrukturen aber durchaus. Dieser massive Vormarsch des Digitalen wirft allerdings zwei Probleme auf; ein erstes in Bezug auf Datenschutz und Abhängigkeit von den GAFAM, ein zweites ökologischer Natur. Digitale Infrastrukturen sind sehr umweltbelastend, und die fehlende Kompatibilität mit bestimmten Geräten oder Anlagen steht der Nachhaltigkeit entgegen. Diese muss aber das Kriterium bei der Priorisierung digitaler Projekte sein.

Mobilitätsstopp und Technologie haben eine erhebliche Ausweitung des sogenannten Homeoffice vor allem in der Dienstleistungsbranche ermöglicht.

Schon vor Covid-19 wiesen Studien auf die verbesserte Produktivität im Homeoffice hin, aber auch auf die Notwendigkeit, einen Rahmen vorzugeben, um Konflikte mit dem Privatleben vor allem bei Mitarbeitenden mit kleinen Kindern zu vermeiden. Während der Pandemie haben sich diese Trends bestätigt. Es wird jetzt also darum gehen, einen idealen Anteil an Homeoffice festzulegen und dabei nicht zu vergessen, dass Unternehmen, die Grenzgänger*innen beschäftigen, ab 25% Homeoffice auch in Frankreich Sozialabgaben entrichten müssten.

Im Bildungsbereich haben 91.5% der Lehrpersonen die vom Erziehungsdepartement DIP angebotenen digitalen Tools benutzt, gegen nur 16% vor dem Shutdown. Die von Schüler*innen, Eltern und Lehrpersonen erwähnten Probleme sind allen gemeinsam (Strukturierung des Tagesablaufs und des Lernens zuhause, Unterstützung der Kinder), ebenso die Befürchtungen in Bezug auf die weitere Schullaufbahn.

Gesundheit global denken

Die Pandemie hat Schwachstellen offen gelegt, insbesondere eine Aussenabhängigkeit bei bestimmten Gütern des Grundbedarfs. Dabei waren zwei scheinbar gegensätzliche Trends zu beobachten, der eine zum Onlinehandel, der andere zum lokalen Einkaufen. Mit Blick auf die Resilienz hat die Hinwendung zu lokalen Produkten ein enormes Veränderungspotential erkennen lassen. Die früheren Wirtschaftskrisen waren die Folge spekulativer Blasen, deren Platzen zwar weltweit, aber eher nach und nach zu spüren war. Die Coronakrise war sofort, aber je nach Branche sehr unterschiedlich spürbar (am stärksten im Eventbereich, in der Kultur, im Hotel- und Gastgewerbe, Tourismus, bei den personennahen und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen).

Die Schweiz kann im Gesundheitsbereich zwar als vorbildlich gelten (Zugang zu und Qualität der Versorgung), doch die Krise hat auch eine tiefgehende Prekarität bei Bevölkerungsgruppen ans Licht gebracht, die aus dem Netz des sozialen Schutzes herausfallen: Selbstständige ohne EO wie Taxifahrer*innen oder Sexarbeiter*innen, Personen ohne offiziellen Aufenthalt. Oft kämpfen die Empfänger*innen von Lebensmittelpaketen gleichzeitig auch mit Problemen der Verschuldung, Gesundheit, zu kleiner Wohnung, Einsamkeit. Die Krise hat also die Ungleichheiten verstärkt, aber sie lässt auch erahnen, dass unsere Toleranz dafür abnimmt: so zeigt sie, dass die am wenigsten verzichtbaren Berufe

generell nicht diejenigen sind, die die höchste Wertschätzung erhalten, weder finanziell noch sozial.

Ärzte und Ärztinnen weisen auch auf das Risiko einer «zweiten Pandemie» von Krankheiten hin, die als Folge der Beschädigung von Umwelt und Lebensformen auftreten können. Umso mehr muss sich die Idee von der «globalen Gesundheit» durchsetzen, die die gegenseitige Abhängigkeit von menschlicher Gesundheit und Gesundheit des Planeten ins Bewusstsein rückt.

Gesundheits- und Klimakrise

Während des Shutdowns gingen die Treibhausgasemissionen in der Schweiz um etwa 30% gegenüber dem Vorjahr zurück, vor allem dank dem Rückgang des motorisierten Verkehrs. Ein spürbares Minus, aber bei weitem nicht genug, um die Genfer Klimaziele zu erreichen (-60% Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990, CO₂-Neutralität bis 2050). Ein deutliches Zeichen dafür also, wie notwendig dauerhafte strukturelle Veränderungen sind. Seit Anbeginn der Krise weisen zahlreiche Wissenschaftler auf die entscheidende Bedeutung von «Exit-Strategien» aus der Krise hin, auf die Gefahr einer herkömmlichen Neuankurbelung der Wirtschaft statt eines klimagerechten Neustarts.

Einige während der Pandemie getroffene Massnahmen könnten also auch Massnahmen gegen den Klimanotstand sein, doch zwischen den beiden Krisen bestehen erhebliche Unterschiede: In der zeitlichen Ausprägung, der unmittelbaren Erlebbarkeit, in der Wahrnehmung der Gefahr und in der Art und Weise, wie darauf reagiert wird (Krisen-Governance).

Wenn Massnahmen gegen den Klimanotstand von den Bürger*innen akzeptiert werden sollen, muss die Bevölkerung sie mit tragen.

Mögliche Lösungsansätze könnten die Schaffung eines Genfer Bürger*innenforums zum Klimanotstand sein, die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats zu Klimafragen (nach dem Muster der COVID-19 Task Force), neue klimafreundliche Projekte und Gesetze, oder sogar die Schaffung eines Labels «Klimanotstandprojekt», um Verfahren zu verkürzen. Das Beispiel der Velowege hat gezeigt, dass in einer ausserordentlichen Situation gewisse Eingriffe schneller möglich sind. Für das Klima gibt es allerdings noch keine Massnahmen dieser Art.

Die Gesundheitskrise ist nicht ausgestanden, und sie wird die Umsetzung von Strategien für den ökologischen Umbau komplexer machen. In den kommenden Monaten und Jahren sind deshalb vordringlich Massnahmen notwendig, die die Art, wie wir leben, neu ausrichten. Eine umweltbewusste Anpassung des Verkehrsverhaltens, die Rückbesinnung auf das Lokale in Freizeit und Konsum, eine resilientere Raumgestaltung, all das sind tragende Stossrichtungen für den ökologischen Umbau.

Im Gesundheitswesen sind ebenfalls noch Lehren für den Krisenfall zu ziehen, auch wenn die Genfer ORCA-Verordnung die Organisation im Katastrophenfall regelt. Mittel- und langfristig muss auf institutioneller Ebene darüber nachgedacht werden, wie man sich auf den Pandemiefall und auf eine längere Krise besser vorbereiten kann.





**WEITER
DENKEN**



Die Zukunft des Kantons in den Augen der Jugendlichen

Die Publikumsbefragung wurde ergänzt und vertieft durch die Einbeziehung von 50 Schulklassen – an die 1000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 10 bis 20 Jahren –, die im Oktober 2019 eine leicht abgeänderte Fassung des Fragebogens beantworteten:

- 48¹ Klassen des kantonalen Erziehungsdepartements (DIP), gezielt als Stichprobe so ausgewählt, dass sie das Genfer Schulsystem abbilden, und zwar nach den folgenden Kriterien: Schulzweig, Jahrgangsstufe, Fachzweig, Art der Einrichtung (Stadt/Land, Förderstatus REP/kein Förderstatus REP, Sonderschule);
- 2 Primarschulklassen von Privatschulen, die den Wunsch geäußert hatten, ebenfalls teilzunehmen.

Dieser Teil der Befragung fand im Rahmen des Programms «Ein Monat, ein Recht» statt, das vom Erziehungsdepartement zum 30jährigen Bestehen der Kinderschutzkonvention durchgeführt wurde, und dessen Thema im Oktober die Bürgerbeteiligung war. Der Fragebogen Genf 2050 wurde zu diesem Zweck als interaktive Unterrichtseinheit umgearbeitet und von der Lehrperson unter dem Titel «Welche Zukunft wünscht ihr euch für Genf?» in der Klasse behandelt. Dabei wurden den Schüler*innen alle Themenfelder präsentiert, und sie mussten dann per Abstimmung die drei Themen bestimmen, die ihnen am wichtigsten erschienen. Anschliessend überlegten die Klassen sich Ideen und Projekte, die sie in den gewählten Bereichen in Zukunft realisiert sehen möchten.

Auf diese Weise konnten die Schüler*innen an dem breit angelegten Konsultationsprozess Genf 2050 mitwirken. Sie hatten die Gelegenheit, sich zu Fragen zu äussern, die sie direkt betreffen, und sich mit den vielen Facetten ihrer Rolle als Bürger*innen eines Gemeinwesens vertraut zu machen, ganz im Sinne der Vorbereitung auf die Teilhabe «am gesellschaftlichen, kulturellen, staatsbürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes (...), indem Verantwortungsbewusstsein, Urteilsfähigkeit und selbstständiges Denken gestärkt werden». (Art. 10 des Genfer Schulgesetzes LIP, frei übersetzt).

Nachstehend wird eine kurze Zusammenfassung dieses Teils der Befragung wiedergegeben, aufgeschlüsselt nach den ausgewählten Themen und nach Schulzweig. Dadurch werden die unterschiedlichen Erwartungen je nach Altersgruppe erkennbar, aber auch die Verschränkung der ausgewählten Themen: Neue Technologien mit Klimaschutz, Mobilität, Sicherheit oder Bildung; in den Kommentaren der Primarschule taucht ausserdem die Schule als übergreifendes Thema immer wieder auf.

Zusammenfassung Primarschule

Neue Technologien

Wo ist der Platz des Menschen – diese Frage steht im Zentrum aller Sorgen und Anliegen, vor allem die Erhaltung und Entwicklung der Arbeitsplätze im Zeitalter der Robotisierung. Die Sicht auf die Rolle der Technologie variiert: Einige möchten

sie beschränken, andere die neuen Technologien schon in der Primarschule integrieren. Insgesamt wird die klare Erwartung deutlich, dass digitale und neue Technologien Teil des Unterrichts sein müssen.

Klima und Energie

Die Schule muss das gute Vorbild bleiben und die Klima- und Energieproblematik im Unterricht behandeln. Die Schüler*innen wünschen sich, dass die Stunden zum Thema achtsamer Umgang mit dem Planeten fortgesetzt werden, auch schon in der Primarschule. Unter anderem wird vorgeschlagen, man könnte eine Rangliste der «umweltfreundlichsten» Schulen erstellen und so die Einrichtungen ermuntern, aktiv zu werden und etwa Solaranlagen zu installieren oder Biomärkte mit Schulkantinen zu vernetzen. Auch umweltfreundliche Transportformen werden ganz klar befürwortet (Velowege, öffentlicher Verkehr).

Sicherheit

Die Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Sicherheit gehen weit auseinander. Dabei geht es um den Schul- und andere Wege (Langsamverkehr, sanfte Mobilität), um elektronische Überwachung, Bekämpfung von Mobbing und eine Verstärkung der Schutzmassnahmen.

Zusammenfassung Sekundarstufe I (Orientierungsschule)

Lebensqualität

Die Schüler*innen haben einen bunten Strauss von Anregungen formuliert, die in Richtung nachhaltige Entwicklung gehen, darunter die Einrichtung einer Saatgutbibliothek, mehr Skateparks mit besonderer Betreuung (ehrenamtliche Erziehende, Pensionierte), die Förderung von Begegnungen zwischen den Generationen. Auch die Lebensumstände alter Menschen und die Wohnungspreise geben Anlass zur Sorge. Im Bereich Umwelt wünschen sie sich schärfere Vorschriften im Bereich des Recycling und der erneuerbaren Energien, ausserdem Massnahmen zur Begrünung der Stadt und für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel.

Schule und Ausbildung

In Zukunft könnten die digitalen Medien dazu beitragen, Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten zu helfen und das Lerntempo jedes und jeder Einzelnen differenzierter zu berücksichtigen (Tablets, digitale Schulbücher). Auch könnte die Schule einen flexibleren Stundenplan erstellen, der mit Modulen arbeitet und mehr Raum lässt für Selbstständigkeit, Kreativität, Sport und andere Aktivitäten. Manche Schüler*innen wünschen sich ein «Stimmrecht» bei der Ausarbeitung von Projekten für ihre Schule.

Sicherheit

Manche Schüler*innen fühlen sich nicht immer sicher. Sicherheit, tagsüber und nachts, sei aber ein Grundrecht, und sie sind für die Einrichtung neuer Strukturen, die das Zusammenleben erleichtern.

Zusammenfassung Sekundarstufe II

Lebensqualität

Es werden mehrere Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung vorgeschlagen: Auf jedem Neubau genügend Solaranlagen installieren, neue Vorschriften für bestehende Bauten erlassen, die Kreislaufwirtschaft fördern, zum Beispiel durch die Verwendung einer Lokalwährung.

Neue Technologien

Die Schüler*innen wissen, dass Robotisierung und künstliche Intelligenz auf dem Vormarsch sind. Was ihnen alles andere als Angst macht. Vielmehr halten sie diese Entwicklung für eine einmalige Chance, die es zu nutzen gilt, um eine neue Form von Gesellschaft zu entwickeln, in der das Soziale mehr Raum erhält. Der Einsatz digitaler Geräte (z.B. Tablets im Schulzimmer) und die Integration von E-Learning-Plattformen in den Unterricht könnten den Schüler*innen zu mehr Selbstständigkeit verhelfen. Es wurde auch der Wunsch geäußert, schon in der Primarschule mit Computerunterricht anzufangen, und es könnte sogar gelehrt werden, wie man seine Kreativität mit den Mitteln der Informatik verbessert.

Arbeit und Beruf

Die berufliche Tätigkeit solle zu ihrer persönlichen Entfaltung beitragen, das wünschen sich die Schüler*innen. Viele erwähnen, Arbeit sei ja nur ein Mittel, seine Brötchen zu verdienen, nicht eine Form der Selbstverwirklichung, Spass sei da meistens keiner dabei. Ein Grundeinkommen könnte die Menschen von dieser Lebenshaltung frei machen.

Fazit

Die Kommentare aus der Lehrerschaft lassen durchblicken, dass die Unterrichtseinheit zahlreiche Diskussionen unter den Schülern und Schülerinnen, und in den Klassen einen lebhaften Austausch ausgelöst hat. Verschiedentlich sei die eingeplante Zeit sogar ungenügend gewesen, um alle Themen zu diskutieren. Insgesamt hatten die Schülerinnen und Schüler das Gefühl, bei der Zukunft ihres Kantons mitreden zu können. Diese erste Zukunftsbefragung mit den Jugendlichen war der Beginn einer Zusammenarbeit, die fortgesetzt werden sollte, um die jungen Menschen von heute dazu zu motivieren, engagierte Bürgerinnen und Bürger von morgen zu werden.

Themen



Die Workshops und ihre Fragen

Mit welchen Transportmitteln werden wir 2050 unterwegs sein? Welches sind die Trends in Bezug auf Wohnen, Ressourcen, Ökosysteme und Lebensbedingungen? Machen entmaterialisiertes Arbeiten und Robotisierung den Menschen überflüssig? Wie muss sozialpolitisches Handeln 2050 aussehen? Wie sind Diskriminierung und Ungleichheit zu bekämpfen? Wie könnte die Schule 2050 aussehen? Wie sehen die Perspektiven aus für die öffentliche Hand, wie für die Bürgerinnen und Bürger? In 15 Workshops und Publikumsdiskussionen wurden die Meinungen zu diesen Themen ausgetauscht. Eine erschöpfende Liste können und wollen wir nicht aufstellen, sondern die massgeblichen Stossrichtungen herausarbeiten und anhand von Beispielen veranschaulichen, welche Grundtrends in Genf und weltweit heute schon zu erkennen sind. Die Themenfelder sind weit, die Diskussionen haben sich auf die wichtigsten Elemente konzentriert. Ort der Begegnungen war meistens der «3DD espace de concertation», ein Raum für die Reflexion über die Stadt von morgen und für partizipative Veranstaltungen. Die Lehrlinge von Espace Entreprise haben das Projektteam begleitet und unterstützt.

Besser zusammen leben

Die erste Veranstaltung von Genf 2050 wurde vom Hospice général (Sozialamt des Kantons) moderiert und war als Diskussionsworkshop um vier zentrale Fragen angelegt: Werden wir in Genf im Jahr 2050 besser zusammen leben? Welches sind die drei zentralen Herausforderungen, auf die wir in den nächsten dreissig Jahren besonders achten müssen? Welches sind die drei grössten Risiken, die unser Zusammenleben gefährden könnten? Welches sind derzeit die drei stärksten Kräfte, die unser Zusammenleben begünstigen? Sozialer Zusammenhalt bedeutet auch die Integration von Menschen am Rande der Gesellschaft. Damit jeder und jede in einer hoch ausdifferenzierten Gesellschaft seinen und

ihren Platz findet, sind vier Grunddimensionen zu beachten: Die wirtschaftliche (Teilhabe an Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen), die gesellschaftliche (soziale Bindungen), die politische (Teilhabe durch Abstimmen und Wählen, aber auch durch das Engagement in Clubs und Vereinen), die kulturelle (gelebt um einen gemeinsamen Grundstock von Werten, welche die ganze Gesellschaft verbinden). Die Aufgaben von heute sind nicht mehr die von gestern. Heute geht es darum, Menschen zu helfen ohne sie zu diskriminieren. Möglicherweise erfordert dies ein individuelleres, fast schon fallweise abgestimmtes Vorgehen, um auf die Bedürfnisse jedes und jeder einzelnen bestmöglich einzugehen.

Der Platz der Älteren und Alten und die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft

Die Frage nach dem Platz älterer Menschen und die Situation einer alternden Gesellschaft konfrontieren uns mit erheblichen sozialen und finanziellen Herausforderungen. Wie wird es 2050 aussehen mit Alterseinsamkeit einerseits und mit gesellschaftlicher Teilhabe andererseits? Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer immer längeren Lebenszeit und verbesserter Lebensbedingungen, und sie betrifft uns alle. Es ist davon auszugehen, dass bis 2040 die Anzahl der über 65-Jährigen um rund 64% ansteigen wird. Das soziale Engagement der Seniorinnen und Senioren, ihre Teilhabe an der Gesellschaft und ihr Beitrag für das Gemeinwesen, ihre Stellung im sozialen Beziehungsgeflecht, aber auch die Gefahr der Isolierung und Vereinsamung der Älteren – all das sind ganz entscheidende Fragestellungen, die angegangen werden und für die wir sinnvolle Lösungen finden müssen. Die Zahlen zeigen, dass die Menschen mehrheitlich bis zuletzt in Selbstständigkeit leben (55%). Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist aber fast ausschliesslich auf Pflegebedürftige ausgerichtet, obwohl diese eigentlich in der Minderheit sind (45%). Die bestehenden

Strukturen und Leistungen müssen deshalb angepasst und auf die Bedürfnisse von Menschen umgestellt werden, die zwar gebrechlich, aber relativ unabhängig sind, um zu vermeiden, dass auch sie pflegebedürftig werden. Entscheidend ist der Übergang vom dritten in das vierte Lebensalter. Ein Ansatz ist die Aufwertung der pflegenden Angehörigen, die es vielen alten Menschen ermöglichen, weiterhin im eigenen Zuhause zu leben. Auch Sensibilisierungskampagnen für ein besseres Verhältnis und mehr Solidarität zwischen den Generationen wären hilfreich. So wird nicht nur vermieden, dass die Senioren in die Einsamkeit abgleiten, sondern die Jüngeren können ausserdem von der reichen Lebenserfahrung der Älteren profitieren.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Partizipative Budgets, Bürger*innenbefragungen, neue Formen sozialer Interaktion... Hält die Digitalisierung ihr Versprechen auf neue Chancen der Mitwirkung? In den letzten Jahren haben viele öffentliche und private Akteure die neuen Online-Partizipationsverfahren ausprobiert; und die Methode, die insbesondere auch mit offener Innovation und Ko-Kreativität arbeitet, wird uns bestimmt erhalten bleiben. Der Kanton Genf hat die Bevölkerung erfolgreich zu seiner Digitalpolitik und anschliessend zu seiner Zukunft konsultiert – jetzt ist es an der Zeit, sich mit der Partizipation an sich, ihren Chancen und Problemen auseinanderzusetzen. So war denn der 27. Begegnungstag bei Genève Lab diesem Thema gewidmet, das Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer in der Region genauso angeht wie die öffentliche Verwaltung.

Schule ohne Wände

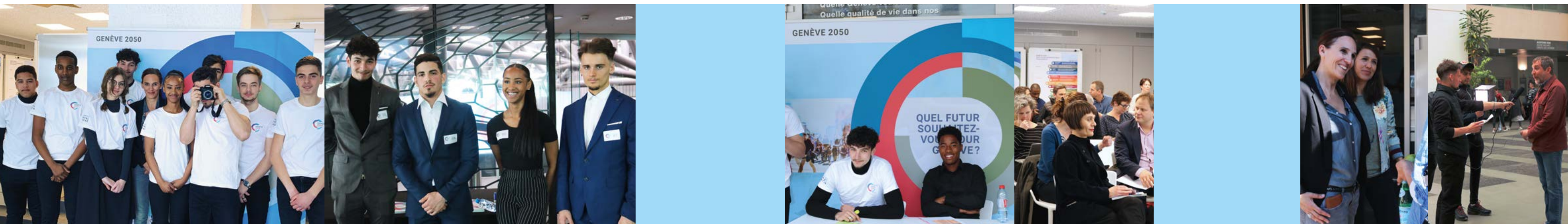
Keine Pulte, keine Jahrgangsstufen, keine Noten, keine Stundenpläne... wie sieht die Schule von morgen aus? Um die Herausforderungen des Jahres 2050 zu bestehen, muss sich die Schule heute reformieren. Vormarsch der Digitalisierung,

Schulabbruch, Vielfalt der Unterrichtsformen – all diese Erscheinungen haben markante Folgen für das Schulsystem von morgen. Ein System, das sich an den individuellen Bedürfnissen und Kompetenzen der Schüler*innen orientieren und die Aufgaben der Zukunft wird schultern müssen. Schule 2050 stellt also auch die Frage nach der Ausbildung der Lehrpersonen. Wie können sie so ausgebildet werden, dass sie sowohl den technologischen Fortschritt sinnvoll nutzen als auch den Bedürfnissen ihrer Schüler*innen gerecht werden können? Eine immense Herausforderung, aber eines ist sicher: Die Pädagogik von morgen muss das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden neu denken. Künstliche Intelligenz eröffnet neue Perspektiven, doch sie erfordert von beiden Seiten auch einen Blick, der Abstand wahrt. Das Menschliche darf nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Der Lehrer, die Lehrerin werden also nicht überflüssig, aber ihre Rolle wird sich verändern, und die soziale Interaktion mit ihr.

Mobilitäten der Zukunft

In seinen Trendvorhersagen prognostiziert der Bund für den Zeitraum 2010 bis 2040 eine Zunahme der Zahl der Zugreisenden in der Schweiz um 51%. Für die Velofahrer liegt das Plus bei 32%, für die Autofahrer bei 18%. Im gleichen Zeitraum wird der Gütertransport auf der Schiene um 45%, auf der Strasse um 33% ansteigen. Das bedeutet riesige Herausforderungen an die Mobilität, wenn diese CO₂-neutral werden soll, und erfordert sowohl Investitionen als auch ein verändertes Verhalten. Um den ökologischen Umbau zu bewältigen, wird der multimodale Mix von Grund auf zu überdenken und das Verkehrsaufkommen auf der Strasse massiv zu reduzieren sein.

Das Aufkommen fahrerloser Autos erfordert ein gründliches Umdenken auf mehreren Ebenen. Stadt- und Raumplanung müssen der neuen Verkehrsform Rechnung tragen, die



Vernetzung der neuartigen Fahrzeuge und der dazugehörigen Infrastruktur muss mitgedacht, der gesetzliche Rahmen den anstehenden Umwälzungen angepasst werden. Um diese Umstellung vorzubereiten und zu begleiten hat der Bund ein umfassendes Forschungsprogramm zum autonomen Fahren aufgelegt. Es wird neue Erkenntnisse bringen und den Boden dafür bereiten, dass wir bereit sind, wenn es so weit ist, d.h. ab 2040. Bis dahin wird die neue Fortbewegungsart integriert und ihre Sicherheit und Produktivität verbessert sein.

Wenn sich diese Umstellungen für die gesamte Gesellschaft positiv auswirken sollen, sei das Gebot der Stunde teilen statt besitzen, argumentieren die Expert*innen. Am Beispiel der SBB läuft diese (R)Evolution über das Programm smartrail 4.0, mit dem die Netzkapazität ohne den Bau neuer Infrastrukturen um 30% erhöht werden kann. Im Rahmen des Projekts Léman 2030 wird die Erweiterung des Genfer Hauptbahnhofs Cornavin die Kapazität zwischen Genf und Lausanne verdoppeln. Ein mächtiger Fortschritt, der aber nicht ausreichen wird.

Denn es geht auch darum, Verhaltensweisen zu ändern und den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel, sanfte Mobilität und Carsharing zu fördern. Eine ganz fundamentale Aufgabe, da sich der Klimawandel beschleunigt und dem Punkt nähert, an dem er unumkehrbar sein wird. Der Mobilität der Zukunft bieten sich deshalb interessante Perspektiven und grosse Entwicklungschancen. Weitere Neuerungen wie Homeoffice könnten Dauer und Häufigkeit von Fahrten und damit die mobilitätsbedingte Umweltbelastung ebenfalls verringern. Der Einsatz regenerativer Energien wie Wind, Wasser und Biomasse wird den Ausstoss von Treibhausgasen weiter senken.

Gewalt und Diskriminierung erkennen und verstehen

Wie wird sich staatliches Handeln entwickeln, um Gleichheit zu fördern und geschlechterspezifische Diskriminierungen und Gewalt in jeder Form zu bekämpfen? Bestehende Gesetze müssen gefördert und durchgesetzt werden, so zum Beispiel das Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG), das seit 1993 in Kraft ist, und das Gleichstellungsgesetz (GIG), das seit 1996 gilt und nur die berufliche Gleichstellung regelt. Beide Gesetze werden bis heute selten angewandt, weil sie nur wenig bekannt sind. Um ihre Anwendung zu stärken ist eine Sensibilisierung erforderlich. Auch auf internationaler Ebene ist ein Rahmen gegeben, der die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten stützt und stärkt, namentlich durch zwei internationale Übereinkommen:

- Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), das die Schweiz 1987 unterzeichnet und zehn Jahre später ratifiziert hat. Es wurde bis heute von 188 Ländern ratifiziert.
- Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), in der Schweiz in Kraft getreten am 1. April 2018.

Um Diskriminierung und Gewalt aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, des Geschlechtsausdrucks oder der Intersexualität zu bekämpfen und die Opfer besser zu schützen erscheint es notwendig, die in diesem Bereich praktisch inexistenten Gesetzesgrundlagen zu verbessern. Um eine Veränderung zu bewirken, reicht der rechtliche Rahmen allerdings nicht aus. Repräsentationen müssen weiterentwickelt, Stereotypen dekonstruiert und Verhaltensweisen verändert werden. Dies ist insbesondere zu erreichen durch eine grundlegende Sensibilisierung und Bildung schon im jüngsten Kindesalter und in allen Bereichen.

Eine inklusive Form der Kommunikation, welche die ganze Vielfalt der Geschlechter und der Familienformen versteht, anerkennt und wertschätzt, die Förderung des Zugangs von Frauen zu verantwortungsvollen Positionen, die Ermutigung zur Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben, Unterstützung für eine ausgewogenere Sicht auf das Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf – all das sind wirkungsvolle Hebel, um Bewegung in die Dinge zu bringen. Doch um dahin zu kommen, muss vernetzt vorgegangen werden, und dies erfordert eine Einbindung der gesamten Gesellschaft.

Was die Gleichstellung im Beruf anbelangt, so hat das Genfer Büro für Gleichstellung und Gewaltprävention (BPEV) einen Werkzeugkasten für Unternehmen entwickelt. Auch die Genfer Kantonsverwaltung hat sich die Gleichstellung auf die Fahnen geschrieben, mit einem Aktionsplan, der 27 Massnahmen über 5 Stossrichtungen beschreibt, und der vom Regierungsrat validiert wurde. Auch die Gleichstellung in der Politik ist ein Ziel. Um sie zu erreichen, bietet das BPEV Schulungen für Frauen an, die sich in der Politik engagieren möchten, aber auch für Kandidatinnen und gewählte Politikerinnen. Allen Abgeordneten des Grossrates wurde ein neuer Workshop zur Sensibilisierung für sexuelle Belästigung angeboten. Die Stärkung und Förderung der Rechte von lesbischen, gay, bi, trans* und inter* Menschen (LGBTI) steht ebenfalls auf der Liste der Prioritäten. Schliesslich werden jedes Jahr Präventionskampagnen gegen häusliche Gewalt durchgeführt (die unter anderem in den Trams und Bussen präsent sind). In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Statistikamt veröffentlicht das BPEV ausserdem den Jahresbericht der Beobachtungsstelle für häusliche Gewalt.

Diese Statistiken sind ein Steuerungsinstrument der öffentlichen Politik im Bereich der Gewaltprävention und der Opferbetreuung. In Zukunft steht die Aufgabe an, auch die Kinder zu sensibilisieren. In der Westschweiz haben die Gleichstellungsbüros dazu Lehrmittel wie die «Ecole de l'égalité» (Schule der Gleichheit) ausgearbeitet. Um eine egalitäre Gesellschaft zu fördern und Gewalt zu bekämpfen muss auf der Ebene des und der Einzelnen, der Allgemeinheit und der Institutionen angesetzt und mit kohärenten und nachhaltigen Massnahmen gehandelt werden.

Wirtschaft und nachhaltige Finanzwirtschaft

Ökologische Fragen und Anliegen waren in der Schweizer Bevölkerung wohl noch nie so präsent wie heute. Die Klimademos reissen nicht ab, die Einwohner*innen unseres Landes haben viele und hohe Erwartungen. Die Sorge um die Umwelt wird gerade zu einem ihrer drängendsten Anliegen. Diese Entwicklung erfordert Verhaltensänderungen und ein Umdenken auch in der Wirtschaft. Die Diskussion über Wirtschaft und nachhaltige Finanzwirtschaft wirft ein Schlaglicht auf die Forderung der Bevölkerung nach einer Transformation. Es zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab, der interessante Entwicklungschancen birgt und die Tür öffnet für das Nachdenken über ein neues Wirtschaftsmodell und über glaubwürdige Alternativen. Die grüne Wirtschaft mag heute noch ein Mauerblümchendasein fristen, aber morgen wird sie Fahrt aufnehmen und sich als gewichtiger Wirtschaftsfaktor behaupten. Um diesen Umbau zu beschleunigen müssen alle Akteure eingebunden werden. Jeder und jede kann auf seiner und ihrer Ebene tätig werden und die Entscheidungen der Wirtschaft konkret beeinflussen. Der Weg wird noch lang sein, aber er geht alle an. Auch die Wirtschaft befürwortet den Umbau, erwartet aber von der Politik eine klare Strategie, die auf die Privatwirtschaft übertragbar ist. Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich für konkrete Projekte einsetzen.

Ökologische Demokratie und Nachhaltigkeit

Im Jahr 2100 wird das Klima in Genf dem heutigen Klima in Süditalien ähneln. Um die Klimaerwärmung bis 2030 auf 1,5 Grad zu begrenzen, müsste laut IPCC die Gesellschaft in allen ihren Aspekten schnell und radikal umgebaut werden. Auf diese Weise könnten die Folgen des Klimawandels für den Planeten auf ein Minimum reduziert werden. Um dies zu erreichen müsste aber der weltweite Kohlendioxidausstoss bis 2030 um 45% gegenüber 2010 gesenkt werden. In der Klimabilanz des Kantons Genf tragen heute die Mobilität mit 41%, das Wohnen mit 24%, die Ernährung mit 18%, die Unternehmen mit 12%, die Bautätigkeit mit 4% und die Abfälle mit 2% zum CO₂-Ausstoss bei. Der Staat muss seine Rolle als Vorbild wahrnehmen und alle beteiligten Akteure zusammenführen, um Lösungen zu finden.



Genf 2050 und die Indikatoren für das staatliche Handeln

Die Erkenntnisse aus den verschiedenen Phasen der Konsultation von «Genf 2050» fliessen zu einer Vision der zukünftigen Herausforderungen und Aufgaben des Kantons zusammen. Die Umsetzung dieser Vision in konkrete Ziele und Massnahmen erfordert eine konsequente Beobachtung der wichtigsten Trends, die der Staat für die Legislaturperiode 2018-2023 in seinen Indikatoren für das staatliche Handeln formuliert hat. Diese globalen Indikatoren verlaufen im Grossen und Ganzen entlang den Themen von «Genf 2050», und sie können nach einer gründlicheren Analyse der Foresight-Ergebnisse an diese angepasst werden. In folgenden werden die Indikatoren in einer knappen Darstellung erläutert.

Zur Ziel- und Erfolgskontrolle im Rahmen des Legislaturprogramms der Kantonsregierung wurden zehn Indikatoren festgelegt. Sie sollen es ermöglichen, Verschiebungen des staatlichen Handelns in den einzelnen Politikbereichen nachzuverfolgen und die Planung wo nötig an neu erkannte Entwicklungen anzupassen. Alle drei Jahre werden die Daten vom Kanton aktualisiert. Aggregation und Monitoring der Indikatoren ermöglichen es, das Wunschscenario für 2050 zu ergänzen und die Voraussetzungen für seine Belastbarkeit zu definieren.

Die Indikatoren dienen also einerseits dazu, die Fortschritte bei der Zielerreichung zu erkennen und zu messen. Andererseits eröffnen sie die Möglichkeit, staatliches Handeln über verschiedene Bereiche hinweg zu koordinieren. Ihre Festlegung war das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen den

Departementen mit der Unterstützung des kantonalen Statistikamtes (OCSTAT). Jeder Indikator ist im Detail in einem eigenen Datenblatt («fiche indicateur») auf der Website GE2050 beschrieben.

Klimaneutralität erreichen

In Kürze soll der kantonale Klimaplan überarbeitet und in seinen Zielen dem Pariser Abkommen und den Empfehlungen des IPCC angepasst werden. Dabei wird bis 2030 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 60% und bis 2050 Klimaneutralität angestrebt.

Die 2000-Watt-Gesellschaft verwirklichen

Dieser Indikator misst, wie sich der Primärenergieverbrauch pro Einwohner*in im Kanton entwickelt, und zwar quer durch alle Verbräuche, d.h. Wärmeerzeugung, Stromverbrauch, Güter- und Personenverkehr sowie der Transport der Güter und Dienstleistungen, die von den Genfer*innen konsumiert werden.

Den Anteil der Einwohner*innen und der Arbeitsplätze steigern, die weniger als 500 bzw. 300 Meter von einer ÖV-Haltestelle entfernt sind

Das Monitoring dieses Indikators zeigt auf, wie Bevölkerung und Arbeitsplätze an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind. Auch werden Hochrechnungen auf das Netz der Zukunft und damit eine Antizipation künftiger Verbesserungen möglich. Das Ziel: den Anteil der an das Netz angeschlossenen Personen und Arbeitsplätze erhöhen.

Die tägliche Reisezeit reduzieren

Mit diesem Indikator kann erfasst werden, welche Wirkung etwa Massnahmen der Stadtplanung (Stadt der kurzen

Wege), eine Erhöhung der Reisegeschwindigkeit im ÖV, die Verbesserung des Verkehrsflusses oder eine Reduzierung der Mobilität (weniger Pendlerverkehr durch Homeoffice, Co-Working, Digitalisierung usw.) entfalten.

Die Bevölkerungsentwicklung messen

Die demografischen Hochrechnungen gehen von 2016 veröffentlichten Schätzungen für den Zeitraum 2016-2040 aus, weitergeführt vom kantonalen Statistikamt (OCSTAT) bis in das Jahr 2050.

Umfang und Qualität der Beschäftigung anpassen

Dieser Indikator stellt einen Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktfähigkeit und den in Genf gegebenen Rahmenbedingungen her. Zunächst werden die Gesamtzahl der Arbeitsplätze auf dem Kantonsgebiet und die Beschäftigungsquote gemessen und die Wertschöpfung dieser Arbeitsplätze bewertet. Anhand dieser Messwerte können dann die politischen Massnahmen angepasst werden.

Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II vor dem 25. Lebensjahr erhöhen

Dieser Indikator zielt auf Bildungsverläufe in der Schweiz und auf die Schüler*innen ab, die das Schweizer Schulsystem durchlaufen. Genf hat sich für die Abschlüsse in der Sekundarstufe II eine Quote von 95% zum Ziel gesetzt (der letzte berechnete Wert liegt für 2016 bei 84.5%).

Online-Dienstleistungen verbessern

Ziel und Zweck von E-Government ist eine Optimierung der Verwaltungsabläufe zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und staatlichen Stellen, aber auch unter Behörden, durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien

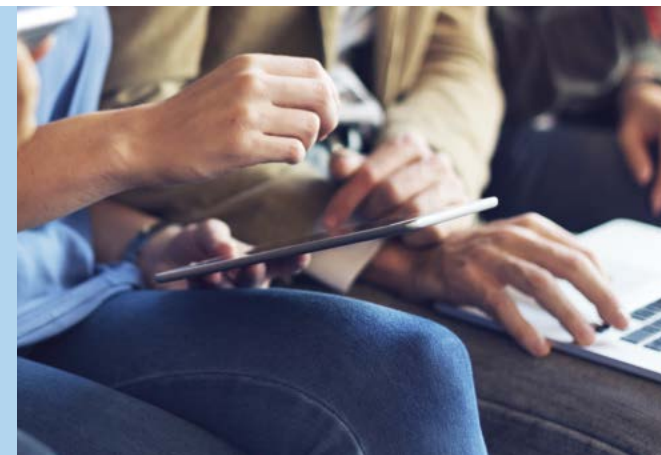
(IKT). Messgrösse ist der Anteil der Bevölkerung, der für seine Kontakte mit der öffentlichen Verwaltung bzw. für die Erledigung von Verwaltungsvorgängen das Internet benutzt.

Gefälle in der Lebenserwartung reduzieren

Ziel ist es, die Differenz der gesunden Lebenserwartung bei Geburt zwischen Schweizerinnen und Nicht-Schweizerinnen auf 6 Jahre zu senken (heute 7.6 Jahre). Bei den Männern soll der entsprechende Wert von heute 4.9 auf 3.5 Jahre sinken.

Bewertung der Entwicklung des Bruttomedianeinkommens ordentlich veranlagter Steuerpflichtiger und des Anteils Steuerpflichtiger mit niedrigem Einkommen

Die Entwicklung der Einkommensverteilung (und des Anteils Steuerpflichtiger mit niedrigem Einkommen) ist ein wichtiger Indikator für die Entwicklung sozialer Ungleichheiten, für deren Analyse und die Beschreibung ihrer Folgen für Wachstum und soziale Kohäsion. Der Indikator erlaubt ausserdem eine Analyse der Ungleichheiten nach geographischer Verteilung (v.a. nach Gemeinden).



Welche Zukunft ist wünschenswert?

Die Antworten und Kommentare aus der Befragung «Genf 2050» liefern aufschlussreiche Hinweise zu einer Reihe von Aspekten der Zukunft unseres Kantons.

Eine Methode, um die Ergebnisse darzustellen ist ihre Einarbeitung in kontrastierende Szenarien. Die Forschung und die in Partnerschaft mit der Fachhochschule für Management (HEG) durchgeführten Arbeiten im Rahmen der Studie lassen erkennen, dass sich Zukunftsszenarien klassischerweise in vier Kategorien einordnen lassen: Fortschreibung des Status quo, Extrementwicklung, Untergang und Erneuerung/Transformation.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass sich die grosse Mehrheit der Teilnehmenden bewusst ist, dass tief greifende Veränderungen unumgänglich sind. Und es wird ganz klar erwartet, dass die Umwälzungen antizipiert werden, damit die im Hinblick auf Lebensqualität gewünschten Ziele nicht verpasst werden. Offen bleibt jedoch die Frage, wie schnell und wie intensiv der Bruch mit dem derzeitigen System vollzogen werden muss. Die vorausschauende Vision, die sich für 2050 herauskristallisiert, besagt, dass angesichts der heute schon greifbaren technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen die langfristigen Ziele erreichbar sind. Das sich so abzeichnende «Erneuerungsszenario» ermöglicht es, die neuen Handlungsansätze im Kollektiv zu denken, und auf allen Ebenen der Gesellschaft so neuartige wie konkrete Formen der Kooperation wirksam zu machen.

Hierzu es hilfreich, in einem Foresight-Prozess wie diesem die Resultate der Befragung den Empfehlungen der Wissenschaft gegenüberzustellen, die ja immer wieder auf den dringenden Handlungsbedarf hinweist. So betont namentlich der wissenschaftliche Forschungsbericht des Weltklimarates IPCC, wie wichtig schnelle Veränderungen sind. Der am 24. September 2019 von 195 Regierungsvertretern verabschiedete jüngste Bericht des IPCC legt «neue Beweise vor, welche die Vorteile einer möglichst geringen Klimaerwärmung im Sinne des von den Regierungen im Pariser Abkommen 2015 verabschiedeten Ziels belegen.»

Diese unmissverständlichen wissenschaftlichen Erkenntnisse werden derzeit von einer massiven Mobilisierung der Bürger*innen zum Klima und zur Frage der sozialen Gerechtigkeit begleitet. Sie zeigen, dass die Menschen stärker an Entscheidungen beteiligt werden wollen, die Folgen für ihre Zukunft haben.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Vision einer wünschenswerten Zukunft die Vernetzung aller staatlichen Politiken ins

Zentrum ihrer Forderungen stellt und daher eine Erneuerung des staatlichen Handelns verlangt.

Resilienz als neues Gesellschaftsprojekt?

Um die stattfindenden und die zu erwartenden Veränderungen zu bestehen, muss Genf resilienter werden, d.h. sich darauf vorbereiten, tiefgreifende Erschütterungen und Veränderungen erfolgreich zu meistern, sich anzupassen und positiv zu entwickeln. Insbesondere müssen der Kanton und seine Partner*innen sich schrittweise daran machen, ihre Funktions- und Denkweise und ihr Herangehen an die Projektgestaltung weiter zu entwickeln.

Der Aufbau eines resilienten Kantons muss von einer «integrierten» Logik ausgehen können: Jede Politik, jede Infrastruktur muss immer im Zusammenwirken mit den anderen gedacht werden, im Sinne einer übergreifenden, einer Querschnittslösung.

Im Rahmen des Projekts konnten die Entwicklungsprognosen des Kantons global diskutiert werden. Langfristig geht es darum, koordiniert und strategisch so handeln zu können, dass die Erwartungen des Bundes für den Zielhorizont 2050 erfüllt werden.

Wie wirkt sich die Gesundheitskrise auf unser Verhalten aus?

Die Gesundheitskrise 2020, ausgelöst durch das neuartige Coronavirus, stellt die Gesellschaft auf eine ganz neue Art von Probe. Die mit ihr verbundenen Risiken werden noch lange eine beherrschende Sorge bleiben. Werden wir morgen anders leben? Manche Forschungen deuten darauf hin, dass Krisen für Organisationen und für die Bevölkerung Anstoss zur Veränderung sein können. Wie kann diese Veränderung im Interesse aller erfolgen? Die heutige Situation zwingt uns noch dringender dazu, darüber nachzudenken, wie wir Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber Erschütterungen von diesem Ausmass widerstandsfähiger und belastbarer machen, und wie wir mit Krisen aller Art umgehen können.

Immer wieder wurde in der Foresight-Befragung Genf 2050 darauf hingewiesen, wie sehr wir uns werden umstellen müssen, sei es um wirklich Einfluss zu nehmen auf den Gang der Dinge, sei es um neue Lebensformen zu entwickeln (Schule, Telearbeit, kürzere Reisewege, usw.). Veränderungen sind also offensichtlich möglich.

Die Feinanalyse wird noch etwas Zeit brauchen, aber der derzeitige Kontext der Pandemie birgt mit Sicherheit jetzt schon Lehren und Chancen für einen besseren Umgang mit ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, insbesondere dort, wo es um einen zügigeren ökologischen Umbau geht. So könnte diese Krise zum Auslöser und Beschleuniger eines echten Wandels unserer Gesellschaften werden.

Was wird in Genf bis ins Jahr 2050 passieren? Die Studie Genf 2050 liefert eine Reihe von Erkenntnissen zur Beantwortung dieser Frage. Die Foresight-Kommission konnte daraus einige grosse Trends ableiten und hat verschiedene Zukunftshypothesen entworfen, darunter das in den folgenden Absätzen beschriebene Szenario.

Mit der Coronakrise wurde diese Vision für die Zukunft schon im März 2020 einem schweren Belastungstest unterworfen, und sie wird sich im Lichte der neuen Entwicklungen anpassen und fortentwickeln müssen.

In den Jahrzehnten 2020-2040 werden künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Robotisierung auf allen Ebenen durchschlagende Fortschritte verzeichnen, die ihrerseits tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen nach sich ziehen werden, etwa das Verschwinden von Arbeitsplätzen, aber auch das Entstehen neuer, heute noch gar nicht bekannter Berufe. Schule und Erwachsenenbildung werden zu zentralen Trägern dieser Erneuerung, indem sie die jungen Menschen und Arbeitnehmer*innen aus den betroffenen Branchen auf die neuen Qualifikationen und Aufgaben hin orientieren.

Andererseits begünstigen die Diskussion um die Reduzierung und Besteuerung von CO₂, die Entwicklungen im Verkehr und eine lokal ausgerichtete Wirtschaft die Relokalisierung gewisser Produktionsprozesse und schaffen so in Genf neue Arbeitsplätze.

Die lokale Wirtschaft, innovativ und diversifiziert, gewinnt an Bedeutung, vor allem dank Kreislaufwirtschaft und Share Economy. Der Unterschied zwischen handwerklicher und industrieller Fertigung flacht ab, da beispielsweise ein Kleinunternehmen mit einem 3D-Drucker eine Vielzahl verschiedenster Aufträge in Echtzeit erfüllen kann.

Der Kanton Genf ist dabei, die Digitalisierung seiner inzwischen komplett online zugänglichen Dienstleistungen abzuschliessen und gleichzeitig intern agilere Arbeitsmethoden einzuführen. Dadurch reduziert sich der Bedarf an Büroflächen und der Aufwand am Schalter, während gleichzeitig die Leistungen für die Bevölkerung besser werden.

Die Ziele der kantonalen Energiepolitik werden nach oben korrigiert, eine Reihe neuer Massnahmen begünstigt die Umstellung auf nachhaltigere Lösungen. Dank neuer Verteilnetze entwickeln sich Solarenergie und Geothermie in beachtlichem Tempo.

Indessen trägt die energetische Gebäudesanierung ihre Früchte, und mit dem Bau des Grossprojekts Praille Acacias Vernets (PAV) und anderer «2000-Watt»-Quartiere steuert Genf mit grossen Schritten auf das Ziel der 100% erneuerbaren Energien zu, das sich der Kanton für 2050 gesetzt hat.

Im Bereich der Mobilität sind die sauberen Kraftstoffe der dritten Generation in der Entwicklung und tragen dazu bei, die individuelle Mobilität zu erhalten, auch wenn diese nur noch ein Element in einer breiten Palette flexibel und bedarfsgerecht verfügbarer Transportformen ist. Der Verbrennungsmotor ist gegenüber dem Elektromotor und anderen, nachhaltigeren Formen der Motorisierung auf dem Rückzug. Dank künstlicher Intelligenz können ausserdem selbstfahrende Verkehrsmittel koordiniert und lernende Systeme vernetzter Objekte gesteuert werden.

Die Gesellschaft des Kantons Genf reduziert so nach und nach ihren CO₂- und den gesamten ökologischen Fussabdruck.

Allerdings haben die Pandemie der 2020er Jahre und ihre Folgen ein Schlaglicht auf die Schwächen der sozialen Kohäsion und auf die Notwendigkeit geworfen, eine Gesellschaft aufzubauen, die sich bei Umwälzungen und Krisen aller Art als belastbarer erweist.

Die Gesellschaft bewegt sich insgesamt in Richtung mehr Inklusion und mehr Engagement für Gleichberechtigung, insbesondere in Fragen der Geschlechtergleichstellung, der Bekämpfung von Rassismus, des Respekts der sexuellen Orientierung, aber auch der Beteiligung von Menschen aus allen Generationen oder mit einer Behinderung. Es bleiben vielfältige Herausforderungen, aber dank einer guten Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, öffentlicher Hand und Unternehmen werden immer wieder innovative und integrierende Lösungen gefunden.

Insgesamt wird der Wunsch der Genferinnen und Genfer, gut zu leben, zu einem bestimmenden Thema. Je nach Persönlichkeit kommt er unterschiedlich zum Ausdruck: in einem bewussteren Konsumverhalten, in einer verstärkten Spiritualität, in einer hochwertigen lokalen Ernährung oder in einem besseren Gleichgewicht von Beruf, Freizeit und persönlicher Entfaltung.

Ab 2040 stützt sich jegliches politische und wirtschaftliche Handeln im Kanton auf die Nutzung von Daten. Dies ermöglicht effiziente und individuell angepasste, bedarfsgerechte Lösungen, macht aber den Schutz von Personendaten und die Bereitstellung verlässlicher und transparenter öffentlicher Daten zu einer zentralen Aufgabe.

Damit der Mensch im Zentrum bleibt, sorgt ein partizipativer Dialog zwischen Staat, Bevölkerung und anderen Akteuren im Kanton dafür, dass staatliche Projekte und Politik an die jeweiligen Realitäten und Bedürfnisse angepasst werden.

Auf internationaler Ebene ist und bleibt Genf mit Blick auf die vielfältigen weltweiten Herausforderungen ein bevorzugter Standort für multilaterale Politik und den Dialog zwischen Ländern, Städten, internationalen Organisationen, Vertreter*innen der Wissenschaft, der Lehre und Privatpersonen.

Regional behauptet Genf seine Stellung als Zentrum eines grenzüberschreitenden Metropolitanraums, der sich zu einer Agglomeration mit mehr als anderthalb Millionen Einwohner*innen entwickelt hat. Die Attraktivität des Kantons steigert allerdings den Druck auf die Bodennutzung. Entsprechend mitgewachsen sind die Herausforderungen vor allem an Raumplanung und Mobilität. Dank dem Foresight-Prozess konnte der Kanton den Bedarf an Infrastrukturen bis in das Jahr 2050 vorausplanen.

Stadtplanung und diversifizierte Architektur des 21. Jahrhunderts nehmen besser Rücksicht auf die sich wandelnden Erwartungen und die hohen Qualitätsansprüche der Bevölkerung und integrieren das natürliche und das bauliche Erbe, aber auch neue Dienstleistungen der Smart City in ihre Praxis.

Dank Algorithmen ist der multimodale Verkehr für eine Integration öffentlicher und privater Verkehrsmittel optimiert und wird lokal wie auch national und international ausgebaut. Die intelligente Fabrik ermöglicht eine dicht an der Nachfrage ausgerichtete Fertigung und vermeidet die für Massenfertigung

typische Verschwendung. Der Gütertransport hat zugenommen, erfolgt aber für kleinere Mengen, die direkt vom lokalen Produktionsort an den Kunden gehen, was wiederum die Energiekosten senkt.

Die neue urbane und metropolitane Ära geht mit einem massiven Ausbau der Bahn einher, die einen massgeblichen Anteil des Reisebedarfs für die neuen Wohngebiete in Kanton und Region abdeckt.

Bis 2040-2050 wird das Mobilitätsnetz im Grossraum Genf dank der Erweiterung des Hauptbahnhofs Genf Cornavin und neuer Bahnstrecken komplettiert, im Einklang mit der Raumplanung für den Kanton. Das Reisen wird einfacher, bestehende Transportachsen werden entlastet.

Dieser überfällige Ausbau ist eine Antwort auf die grossen Herausforderungen an die Mobilität im Grossraum Genf, wo noch Nachholbedarf in Sachen öffentlicher Verkehr besteht. Auch entspricht er den gesamtschweizerischen Mobilitätszielen insofern als er den Verkehr innerhalb der Agglomerationen, aber auch zwischen diesen und den peripheren Regionen verflüssigt.

Was die Genfer Bevölkerung angeht, so erhöht sich der Anteil der Älteren aufgrund der demografischen Entwicklung bis 2050 beträchtlich, was Verwerfungen im Gleichgewicht zwischen den Generationen hervorruft: Weil die Anzahl junger Neueinsteiger*innen ins Erwerbsleben sinkt, gerät der Arbeitsmarkt unter Druck, und die ausgeglichene Finanzierung der Altersrenten wird zu einer enormen Herausforderung.

Das Leistungsangebot für Pflegebedürftige, insbesondere für Senioren, hat sich deutlich ausgeweitet. Einzelpersonen und Zivilgesellschaft, aber auch Unternehmen und Behörden setzen dabei auf Wohngemeinschaften und auf Strukturen, die auf Nachbarschaft und gegenseitiger Solidarität beruhen.

Der ökologische Umbau konkretisiert sich entlang der folgenden vier Stossrichtungen: Senkung der CO₂-Emissionen, Anpassung an den Klimawandel, Schonung der natürlichen Ressourcen und der Biodiversität, Schutz der Bevölkerung vor externen Risiken und Widrigkeiten.

Und da Foresight seit 2020 zum Werkzeugkasten der Politik gehört, startet der Regierungsrat 2050 natürlich eine neue Zukunftsrunde – «Genf 2100»!

Das Kollegium der Generalsekretäre des Kantons Genf sorgt für die Gesamtsteuerung des Prozesses Genf 2050. Es validiert die von der Kommission vorgelegten strategischen Leitlinien zum Vorgehen, und genauso die Jahresberichte zum Stand der Arbeiten, die für den Regierungsrat bestimmt sind.

Der Kommission gehören Vertreter*innen aller Departemente an (Präsidialdepartement, Infrastrukturdepartement, Departement für Raumentwicklung, Departement für soziale Kohäsion, Finanzdepartement, Departement für Wirtschaftsentwicklung, Departement für Sicherheit, Beschäftigung und Gesundheit). Der Prozess wird vom Infrastrukturdepartement (DI) und dem Departement für Raumentwicklung (DT) gemeinsam gesteuert.

Der Regierungsrat dankt allen, die dieses Projekt mitrealisiert haben, den Partnern und Partnerinnen aus den Institutionen, aus Forschung und Lehre, aus Verbänden und Vereinen, Einzelpersonen, und allen Vertragspartnerinnen und -partnern, die diesen Prozess mitgetragen haben.

**Alle Detailergebnisse sind auf
Französisch online verfügbar!**

Folgen Sie dem Projekt!

-  2050.ge.ch
-  [GE 2050 \(@geneve2050\)](https://www.facebook.com/geneve2050)
-  [Genève 2050](https://www.youtube.com/channel/UC...)